

Wahlrecht
Wahlrecht für den Wahlfonds
Wahlrecht für den Wahlfonds
Wahlrecht für den Wahlfonds

für Schlesien und Oberschlesien
Organ der SPD, Sektion der 3. Internationale
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“
Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Hauptverteilung: Breslau 10, Trebnitz Str. 50, Tel. 100 50.
Breslau 10, Trebnitz Str. 50, Tel. 100 50.
Breslau 10, Trebnitz Str. 50, Tel. 100 50.

Wahlrechts-Raub wird vorbereitet

Jungwähler wehrt euch — Auch der neue Reichstag soll auseinandergejagt werden

Berlin, 15. August. Das Kabinett Brüning bereitet drei große Reformprojekte vor: die Reichsreform, die Finanzreform und eine Wahlreform. Also kapitalistische Nationalisierung und Kapitalisierung der Staatsgewalt, brutales Ausplünderungsprogramm

gegen die Massen und Milliardenbeschenke an die Besitzenden, Wahlrechtsraub an der Jugend und Beseitigung des Verhältniswahlrechtes.
Die „Vossische Zeitung“ bekräftigt, daß im Reichsinnenministerium

eine „Wahlreform“ zur Verkleinerung der Wahlkreise, Verminderung der Abgeordnetenzahl und vor allem zur Heraushebung des Wahlalters vorbereitet sei. Die Staatspartei will einen Volksentscheid für diese reaktionäre Wahlreform durchzuführen.

Schramms Lohnraubpläne bestätigt

Das Täuschungsmanöver des Breslauer SPD-Partei-Vorstandes entlarvt

Breslau, 15. August. Am 6. August waren wir in der Lage, der Arbeiterchaft Mitteilungen über die Pläne des „linken“ Sozialdemokraten Schramm zu machen, die Löhne der städtischen Arbeiter zu beschneiden. Unsere Veröffentlichung, die mit wortgetreuen Auszügen aus verschiedenen Rundschreiben belegt war, schlug wie eine Bombe ein. Alle ehrlichen sozialdemokratischen Arbeiter waren über die Machenschaften ihres „linken“ und revolutionären Schramms empört und bekräftigten den Parteivorstand und die Gewerkschaftsangehörigen mit Anfragen und Protesten. Der sozialdemokratische Parteivorstand sagte, er „wisse von nichts“ und stellte durch seine Fraktion im Stadtparlament die demagogische Anfrage, ob die Veröffentlichungen der „Arbeiter-Zeitung“ den Tatsachen entsprechen. Gleichzeitig wurde Schramm, der sich in Ferien befinde, nach Breslau beordert, und gemeinsam legte man nun den Schwindel fest, mit dem man sich aus der unangenehmen Situation herauswinden wollte. In der gestrigen Stadterordnetenversammlung (ausführlicher Bericht siehe im lokalen Teil) gab Schramm im Namen des Magistrats die Erklärung ab, daß er

glaubt. Den gesamten Wortlaut des Rundschreibens werden wir noch veröffentlichen. Heute wollen wir uns mit folgenden wortgetreuen Auszügen begnügen:
„Im Anschluß an die Besprechung mit den Herren Betriebsleitern vom 16. Juni 1930 überfanden wir nachstehend Vorschläge für Aenderung der Lohnordnung und der Funktionszulagen.
Wir bitten Sie, sich hierzu bis zum 15. August 1930 zu äußern und die Angelegenheit vertraulich zu behandeln.
Im allgemeinen ist zu bemerken, daß nach einer Verfügung des Kammerdeputats und zufolge Beschlusses des Magistratsausschusses für die Beratung der Haushaltspläne eine Nachprüfung aller Zulagen vorzunehmen ist mit dem Ziele, den Umfang der Zulagen ganz wesentlich zu vermindern, weil sich bei der Prüfung des Haushaltsplanes ergeben hat, daß in verschiedenen städtischen Verwaltungen umfangreiche Funktions- und sonstige Zulagen an Lohnempfänger gezahlt werden, die den Haushaltsplan sehr hoch belasten.“
Anschließend wird die neue Gruppeneinteilung formuliert und dann gesagt:
„In die Gruppen Ia, IIa und IVa (qualifizierte Handwerker, qualifizierte Arbeiter und qualifizierte Frauen) kämen nach sorgfältiger Prüfung durch die Verwaltung und den Arbeiterdeputaten, evtl. unter Einziehung der Verbände, in der Regel solche Personen, die bisher eine ständige Funktionszulage von 2 oder 1 Stundenlohn oder eine Leistungszulage von 5 Pfg. usw. für die Stunde bezogen haben, wobei jedoch nicht gesagt sein soll, daß alle bisherigen Zulageempfänger nun auch Anspruch auf die qualifizierte Gruppe hätten.“
„Die Neuregelung ist erst nach Kündigung des bis zum 30. September 1930 geltenden Lohnvertrages möglich. Sie bedeutet eine nicht unwesentliche Entlastung der Betriebe und erhebliche Vereinfachung der Lohnberechnung, wenn auch nicht zu verkennen ist, daß sie mit Härten und Lohnverminderung verbunden sein wird; dies ist aber, um zu dem gewünschten Ziel zu kommen, nicht zu umgehen und läßt sich rechtfertigen aus der finanziellen Notlage der Stadt, den Beschlüssen des Haushaltsausschusses und der Notwendigkeit, eine Vereinfachung des Lohnberechnungsverfahrens herbeizuführen.“
Auch vom Reichsarbeiterverband ist diese Frage des Abbaues der Funktionszulagen eingehend erörtert worden und seine Anregungen sind in obigen Vorschlägen verwertet worden.“

Die Regierung der Artikel-48-Diktatur bereitet diese reaktionäre Wahlreform noch während des Wahlkampfes vor. Sie will den Wahlrechtsraub an der Jugend, weil heute die großen Massen der Jugend, enttäuscht von der kapitalistischen Politik, ins Lager der proletarischen Revolution übergehen.
Die Aussicht auf eine Zweidrittelmehrheit im Reichstag für diesen Wahlrechtsraub an den Jungwählern und die sonstigen Verschlechterungen des Wahlrechts sind nur gering. Der ganze Plan der Brüning-Trebitsch-Regierung läuft darauf hinaus, diese reaktionäre Reform gemeinsam mit ihren anderen ausbeuterischen Plänen diktatorisch durchzusetzen.

Die Reben und Artikel führender Regierungspolitiker sprechen eine klare Sprache, daß die Regierung der youngkapitalistischen Diktatur den neuen Reichstag ebenfalls auseinanderjagen will. Vor zehn Tagen bedete der bekannte Zentrumspolitiker Wudermann in der „Essener Volkszeitung“ die Karten des Zentrums auf:
„Wir wollen jetzt die Frage nicht unteruchen, was letzte Verantwortung vor dem Volk von einem Reichskanzler verlangt wird, der auch das jetzt zu wählende Parlament wieder nach Hause schicken müßte.“
Diese von uns in der vergangene Woche zitierte Äußerung wurde durch Hindenburgs Außenfreund, den Reichsminister Trebitsch, in einer Potsdamer konservativen Versammlung ähnlich ergänzt. Er sprach dort über die Finanzreform und erklärte, daß die Diktaturregierung sie rücksichtslos durchführen werde. Er sagte wörtlich:
„Dabei wäre es gleichgültig, wie oft der Wahlapparat zu diesem Zwecke in Bewegung gesetzt werden müßte.“
Ein offenes Bekenntnis! Den neuen Reichstag wieder zum Teufel jagen, Millionen Jungwählern das Wahlrecht rauben, durch „Wahlreform“ auf rumänische oder finnische Art „Wahlen machen“.
Die „Demokratie“ ist betroffen. Die Artikel-48-Diktatur ist eine Etappe auf dem Weg zur offenen faschistischen Diktatur des Finanzkapitals.
Erd, Massenentlassungen, Lohn- und Unterstützungsraub — das können die Young-Kapitalistenpolitiker und Wahlrechtsräuber den darbenenden Massen geben. Sonst nichts!
Die kommunistische Partei ruft zum Kampfbekennnis für Liste 4 als eine gewaltige Demonstration der Kraft der proletarischen Revolution, die wie ein stählerner Hammer die Sklaventaten des Kapitalismus und des Young-Planes zerbrechen wird.

an einen Lohnabbau zurzeit nicht denken, und daß die Behauptungen der „Arbeiter-Zeitung“ nicht den Tatsachen entsprechen. Damit hoffen die Drahtzieher um Erdstein und Schramm, ihre Mitgliedschaft beruhigt zu haben. Doch sie sollen die sozialdemokratischen Arbeiter nicht als dumme Jungas betrachten.

1. Tatsache: Schramm will eine Viertel-Million von den Löhnen einsparen

Auf dem mittelschlesischen Bezirksparteitag der SPD am 10. August im Breslauer Gewerkschaftshaus gab Schramm nach Vereinbarung mit seinen engeren Freunden eine Erklärung ab, die auch in der „Vossischen“ abgedruckt wurde. Darin heißt es u. a.:
„Auf die in der „Schlesischen Arbeiter-Zeitung“ gegen mich erhobenen Vorwürfe erkläre ich folgendes:
Eine Sitzung des Haushaltsausschusses des Magistrats, eine Sitzung des Ausschusses für Arbeiterangelegenheiten, eine Konferenz mit den Direktoren der städtischen Werke und Betriebe, sowie wiederholte Verfügungen des Kammerdeputats haben mich beauftragt, einen Abbau der Funktionszulagen der städtischen Arbeiter vorzubereiten, welcher eine Vereinfachung des Lohnsystems bringen und gleichzeitig der Stadt etwa eine Viertelmillion sparen sollte.“

2. Tatsache: Bierlich bestätigt den Lohnraubplan

In dem Rundschreiben des Bezirksausschusses des ADGB, das wir am 6. August zitiert haben, und das nur für die Gau- und Bezirksleiter bestimmt war, schrieb Bierlich:
„Der Arbeitdeputat der Stadt Breslau hat in einem vertraulichen Rundschreiben den Betriebsleitern der städtischen Werke in Breslau Vorschläge gemacht über Aenderungen der Lohn- und Funktionszulagen mit dem Ziele — wie ausdrücklich in dem Rundschreiben hervorgehoben wird — den Umfang der Zulagen ganz wesentlich zu vermindern... Auch bei den sogenannten qualifizierten Handwerkern, Arbeitern und Frauen soll die Leistungszulage einer sorgfältigen Prüfung, selbstverständlich auch mit dem Ziele der Verminderung, unterzogen werden. Auch die Funktionszulagen für Vorhandwerker... sollen auf 12 Pfennig pro Stunde herabgesetzt werden. Das bedeutet... einen Abbau des Stundenlohnes um 10,2 Pfennig. Im gleichen Umfang soll auch die Funktionszulage für Vorarbeiter abgebaut werden. Auch sonst sind noch wesentliche Abbaumaßnahmen... in dem Rundschreiben vorgesehen.“

3. Tatsache: Stadtmann Erler beglaubigt

Zu unserem Besiz befindet sich ein Rundschreiben mit dem Unterschriften „Arb. 255/30“. Dieses Rundschreiben ist von Schramm gezeichnet und von dem Amtmann Erler be-

gläubigt. Der gesamte Wortlaut des Rundschreibens werden wir noch veröffentlichen. Heute wollen wir uns mit folgenden wortgetreuen Auszügen begnügen:
„Im Anschluß an die Besprechung mit den Herren Betriebsleitern vom 16. Juni 1930 überfanden wir nachstehend Vorschläge für Aenderung der Lohnordnung und der Funktionszulagen.
Wir bitten Sie, sich hierzu bis zum 15. August 1930 zu äußern und die Angelegenheit vertraulich zu behandeln.
Im allgemeinen ist zu bemerken, daß nach einer Verfügung des Kammerdeputats und zufolge Beschlusses des Magistratsausschusses für die Beratung der Haushaltspläne eine Nachprüfung aller Zulagen vorzunehmen ist mit dem Ziele, den Umfang der Zulagen ganz wesentlich zu vermindern, weil sich bei der Prüfung des Haushaltsplanes ergeben hat, daß in verschiedenen städtischen Verwaltungen umfangreiche Funktions- und sonstige Zulagen an Lohnempfänger gezahlt werden, die den Haushaltsplan sehr hoch belasten.“
Anschließend wird die neue Gruppeneinteilung formuliert und dann gesagt:
„In die Gruppen Ia, IIa und IVa (qualifizierte Handwerker, qualifizierte Arbeiter und qualifizierte Frauen) kämen nach sorgfältiger Prüfung durch die Verwaltung und den Arbeiterdeputaten, evtl. unter Einziehung der Verbände, in der Regel solche Personen, die bisher eine ständige Funktionszulage von 2 oder 1 Stundenlohn oder eine Leistungszulage von 5 Pfg. usw. für die Stunde bezogen haben, wobei jedoch nicht gesagt sein soll, daß alle bisherigen Zulageempfänger nun auch Anspruch auf die qualifizierte Gruppe hätten.“
„Die Neuregelung ist erst nach Kündigung des bis zum 30. September 1930 geltenden Lohnvertrages möglich. Sie bedeutet eine nicht unwesentliche Entlastung der Betriebe und erhebliche Vereinfachung der Lohnberechnung, wenn auch nicht zu verkennen ist, daß sie mit Härten und Lohnverminderung verbunden sein wird; dies ist aber, um zu dem gewünschten Ziel zu kommen, nicht zu umgehen und läßt sich rechtfertigen aus der finanziellen Notlage der Stadt, den Beschlüssen des Haushaltsausschusses und der Notwendigkeit, eine Vereinfachung des Lohnberechnungsverfahrens herbeizuführen.“
Auch vom Reichsarbeiterverband ist diese Frage des Abbaues der Funktionszulagen eingehend erörtert worden und seine Anregungen sind in obigen Vorschlägen verwertet worden.“

Kann man die angeführten Tatsachen abstreiten oder verdrängen? Nein, Tatsachen bleiben Tatsachen, auch wenn sie dem sozialdemokratischen Parteivorstand noch so unangenehm sind.
Der „linke“ Schramm will die Löhne abbauen. Seine Parteifreunde „linker“ und „rechter“ Schattierung wollen diesen Plan zumindest bis nach den Wahlen verschleppen, grundsätzlich sind sie nicht dagegen, weil sie als Führer einer staatsbehaltenden Partei die Finanzen des Magistrats sanieren müssen, und zwar nicht auf Kosten der Besitzenden.
Der sozialdemokratische Parteivorstand, lehrt dieser Partei des Arbeiterverrats den Rücken. Her zu uns — zum gemeinsamen Kampf für unsere gemeinsamen Interessen.

Seraus heute um 20 Uhr nach dem „Hubertusaal“ in die Versammlung der Revolutionären Gewerkschaftsopposition, wo zum Lohnraubplan Schramms Stellung genommen wird!

In vier Stunden
15,25 Mark

hat ein Görlitzer Genosse für den Wahlfonds der Partei gesammelt.
Und Du?
Helfst alle mit, der Liste 4 zum Siege zu verhelfen!

Bergarbeitermörder endgültig freigesprochen

Waldenburg, 15. August. Bekanntlich hatte die Staatsanwaltschaft gegen die an dem Tode der 33 Bergarbeiter der Hermisdorfer Grube schuldigen Beamten ein Strafverfahren eingeleitet. Das geschah unter dem Eindruck der gewaltigen Empörung, die sich aller Arbeiter nach der Katastrophe am 29. Juli 1929 bemächtigte. In erster Instanz wurde alle Angeklagten freigesprochen. Die Angehörigen der Ermordeten und alle Bergarbeiter waren aufs äußerste empört, da viele von ihnen an die Gerechtigkeit der Zukunft glaubten. Zur Beruhigung der Öffentlichkeit legte die Oberstaatsanwaltschaft gegen das freisprechende Urteil Berufung ein — und zog nunmehr diese zurück, so daß es beim Freispruch bleibt. Es ist sicher, daß der gegen die an dem Tode der 151 von Hausdorff Schuldigen eingeleitete Prozeß ebenfalls mit einer vollkommenen Rehabilitierung der schuldigen Grubendirektion enden wird.

Mieterstreik in Saarau und Palsnik

Saarau, 13. August. Die mit Hungerpennigen abgespeisten ausgebeuteten Erwerbslosen in Saarau sind in den Mieterstreik getreten, weil sie einfach außerstande sind, die Miete aufzubringen, wenn sie nicht Hungers sterben wollen. Die Ausgesteuerten in Palsnik bei Freiberg streben bereits die vierte Woche im Mieterstreik.
Die Streikenden fordern ihre Leidensgenossen im Landkreise auf, solidarisch zu sein und in allen Orten den Mieterstreik der Erwerbslosen zu organisieren.

SPD-Bonze unterschlägt Arbeitergelder

Der frühere erste Vorsitzende und bisherige Angestellte des Fabrikarbeiterverbandes in Pamelin, Heinrich Senhölz, ist wegen Unterschlagung von Verbandsgeldern striflos entlassen und schweigend in die Bunde geschickt worden. Senhölz war stammer SPD-Mann und besonders eifriger Kommunistenfresser.

Regiersteuer-Goebbels, der feigste Mann Young-Deutschlands

Er kneift, verteidigt die Regiersteuern, kriecht auf dem Bauche vor Hindenburg, er läßt aber er heßt Tag und Nacht Naziproleten zu feigen Mordüberfällen auf

Die Nationalsozialisten, die sich zum „Führerprinzip“ bekennen, haben in ihrem Goebbels ein Prachsexemplar dieser Gattung. In den letzten Tagen und Wochen hat Goebbels eine solche Fülle von Feigheit an den Tag gelegt, daß es schwer sein würde, einen im politischen Leben stehenden Menschen zu finden, der es mit dem Berliner Nazi-Hauptling und Reichspropagandaleiter der NSDAP. ausnehmen könnte.

In einem Beleidigungsprozeß, den der sozialdemokratische preussische Ministerpräsident Otto Braun gegen Goebbels anstrengt, kniet Goebbels feige und erklärte, daß er keine Beleidigung beabsichtigt habe. Prompt sprach ihn darauf das Gericht frei.

Bei einem Prozeß vor der 2. Strafkammer des Landgerichts 3, den Hindenburg gegen Goebbels wegen Beleidigung geführt hatte, der gestern stattfand, verlas der Vorsitzende Dr. Lehmann ein aufsehenerregendes Schreiben des Reichspräsidenten Hindenburg, in dem es heißt:

„Was einer mir abgegebenen Erklärung des Herrn Dr. Goebbels habe ich entnommen, daß Dr. Goebbels eine absichtliche persönliche Beleidigung meiner Person ferngelegen und daß er lediglich in Wahrnehmung seiner politischen Interessen gehandelt hat. Ich würde daher meinen Strafanspruch zurücknehmen, wenn dies noch möglich wäre. Da dies aber infolge der gesetzlichen Lage nicht mehr möglich ist, erkläre ich, daß ich die Angelegenheit persönlich als erledigt betrachte und an einer Bestrafung des Herrn Dr. Goebbels kein Interesse mehr habe.“

Die Tatsache, daß Goebbels bei Hindenburg um Gnade gebittet hat, kennzeichnet den Mut dieses nationalsozialistischen Haupt-

lings zur Genüge. Es beweist, wie ernt die nationalsozialistischen Führer ihre Phrasen gegen den Young-Plan und den „Young-Präsidenten Hindenburg“ nehmen. Den vom Nationalsozialismus irreführten Proleten, die diese Phrasen aber wirklich ernst genommen haben, werden die Augen aufgehen, wenn sie ihren Goebbels auf dem Bauche vor dem Reichspräsidenten der Young-Republik herumrutschen sehen.

Aber es ist auch kein Zufall, daß Hindenburg den nationalsozialistischen Führer so bereitwillig seine „Sünden“ verzeiht. Der Protektor des Stahlhelm, der vor dem sozialdemokratischen preussischen Innenminister mit der Faust auf den Tisch schlug und die Aufhebung des Stahlhelmsverbots erzwang, nimmt sich ebensolcher Liebe einer der berüchtigtsten Figuren der Nazi-Partei an, eines „Helden“, der aus sicherer Redaktionskammer heraus die verheßen und betrogenen Naziproleten zu ebenso feigen Ueberfällen auf Proleten aufputscht. Eines Burschen, der die Regiersteuer verteidigt, zum Streikbruch auffordert.

Das kann der Goebbels. Und lägen. Lügen, daß er mit Reichsfeinden in belgischen Gefängnissen geprügelt wurde. Aber für seine Neben einzusehen und vielleicht ein paar Wochen im Gefängnis sitzen, davor zittert er. Nicht weniger als davor, in Arbeiterversammlungen seine konterrevolutionäre Politik zu vertreten.

Wie erbärmlich doch dieser Goebbels sich ausnimmt neben revolutionären Arbeitern, die Tag für Tag wegen ihres Kampfes um ein freies, sozialistisches Deutschland in die Gefängnisse der Young-Republik wandern. Wird den Nazi-Proleten nicht bald übel vor solchen Figuren?

Deutsch-Finnischer Handelsvertrag gekündigt

Die Folgen: Weitere Verschärfung des Zollkrieges, Erhöhung der Butter- und Käsepreise

Berlin, 14. August. (Eig. Bericht.)

Der erst am 17. Juli 1930 ratifizierter deutsch-finnischer Handelsvertrag ist unter dem Druck der Junker von der finnischen Regierung bereits wieder gekündigt worden. Der deutsch-nationale Landwirtschaftsminister Schiele machte die Kündigung dieses Vertrages zu einer Demissionsfrage. Wie immer, hat die Brüning-Regierung auch diesmal den unverkündeten Zollwucherforderungen der Großagrarier Rechnung getragen.

Die Kündigung des Finnland-Vertrages zeigt hinsichtlich allen Wertigkeiten den Wahnsinn der kapitalistischen Zollpolitik. Der jetzt bestehende Handelsvertrag, der bereits im Dezember vergangenen Jahres von der sozialdemokratischen Hermann-Müller-Regierung vorgelegt wurde, brachte schon eine Erhöhung des Butterzolls von 27,50 auf 50 Mark pro Doppelzentner. Jetzt wollen die Großagrarier nicht nur eine weitere Erhöhung dieses Butterzolls, sondern darüber hinaus auch die Erhöhung der Zölle auf alle übrigen Molkereiprodukte, insbesondere auf Käse.

Die Folge der Kündigung des Handelsvertrages wird nicht nur die Erhöhung wichtiger Lebensmittelpreise sein, sondern auch eine ungemessene Verschärfung des Zollkrieges mit anderen Ländern, insbesondere mit Dänemark und Holland. Dänemark und Holland haben bereits angekündigt, daß sie wegen der deutschen Zollpolitik die Einfuhr deutscher landwirtschaftlicher Maschinen abbrechen wollen. Anstatt der in Genf beschlossenen Abrüstung der Zollschranken bietet jetzt die kapitalistische Welt ein Bild eines wahnwitzigen, sich ständig verschärfenden Zollkampfes der Staaten untereinander. Die deutsche Bourgeoisie will die Großagrarier durch Zuckerzölle retten, durch die die Lebensmittelpreise künstlich bis in schwindelhaft hohe Höhen getrieben werden. Dabei schneidet die Bourgeoisie auch noch die Interessen der verarbeitenden Industrie. Schon meldet die bürgerliche Presse, daß, falls Holland und Dänemark ihre Drohungen auf Abbrechung der deutschen Maschineneinfuhr wahrnehmen, mit weiteren Massenerfassungen in der deutschen Industrie zu rechnen ist.

Der Kapitalismus demonstriert den Arbeitern immer wieder selbst den Wahnsinn seiner Wirtschaftsordnung.

Die Pfaffen können lachen

Der Papst verkündet die „Apostolische Bulle“ des Sozialdemokraten Braun

Berlin, 14. August. (Eigener Bericht.)

Am 13. August, dem Jahrestage der Ratifikation des Konkordats zwischen dem „Heiligen Stuhl“ und dem Lande Preußen, ist in Rom die „Apostolische Bulle“ oder auf deutsch die näheren Ausführungsbestimmungen des Preußenkonkordats vom Papst unterzeichnet und verkündet worden. Durch diese „Bulle“ sind die neuen Bischöfe Berlin und Tachen sowie die Prälaten Schneidemühl rechtskräftig geworden. Das sozialdemokratische Preußen umfaßt also jetzt nicht weniger als drei Erzbistümer, neun Bistümer und eine Prälaten.

Die katholische Kirche hat von der Preußenregierung eine solche Macht in die Hand bekommen, wie noch nie zuvor. Wenn ihr die Bezahlung der neu eingesetzten Bischöfe mit ihrem bischöflichen Anhang werden aus den Taschen der Steuerzahler 2,8 Millionen Mark gezogen. Insgesamt gibt die Preußenregierung für die Bekämpfung der Tuberkulose, der Geschlechtskrankheiten, der Krebskrankheiten und zum Ausbau der Sozialhygiene in den Schulen kaum die Hälfte von dem aus, was jetzt allein an Gehältern in den unerfülllichen Taschen der Bischöfe geschmissen wird.

Es ist daher wohl verständlich, wenn dasselbe Zentrum, das den Sozialdemokraten im Reich den Fußtritt gegeben hat, im „Lande Preußen“ noch die notwendige Zuschußung mit Otto Braun und den übrigen Konkordatssozialisten unterhält. Es lohnt sich noch immer. Die Freidenker haben Gelegenheit, am 14. September den Konkordatssozialisten eine Quittung zu geben.

Nach dem II. Weltkindertreffen

Feier der „drei Generationen“ in Leningrad

Leningrad, 14. August. Auf einer Zusammenkunft „drei Generationen“, Parteigewerkschaftsaktivisten, kommunistische Jugendverband und Pioniere, wurde die Ankunft einiger ausländischer Kinderdelegationen, die nach der Teilnahme am 2. Welttreffen der Arbeiterkinder in die Sowjetunion gereist sind, mit großer Begeisterung gefeiert.

Der große Saal im Smolny-Institut war überfüllt. Zu Mitgliedern des Ehrenpräsidiums dieser Feier wurden einstimmig das Politbüro des Zentralkomitees der KPdSU, die Genossen Krupskaja und der Genosse Tschalman gewählt. Der Sekretär des Distriktskomitees, Genosse Gussow, begrüßte die Versammlung im Namen der Partei. Der Führer der Pionierdelegation, Ernst, und andere Genossen berichteten über die Ergebnisse des Welttreffens.

Die Pionierin Kiralina von den Roten Putilow-Werken berichtete im Namen der Pioniere der Sowjet-Delegation, die nicht von der deutschen Regierung zugelassen wurde, und über ihre während des Welttreffens geleistete Arbeit in den Kollektivwirtschaften und auf den Sowjetgütern auf dem Gebiet des sozialistischen Wettbewerbs. Drei der größten Pionierzentren, Moskau, Leningrad und die Ukraine, haben sich in einem sozialistischen Vertrag zum Wettbewerb auf dem sozialistischen Gebiet verbunden. Auf Kosten der Pioniere wurde ein Flugzeug erbaut, das der Roten Armee schon übergeben werden konnte. In den nächsten Tagen reisen die ausländischen Pioniere nach Moskau, der Ukraine und Kasan ab. Die skandinavische Delegation verbleibt einstweilen in Leningrad.

Der Hungerstreik tschechischer politischer Gefangener hat zur Freilassung von mehreren widerrechtlich in Haft gehaltenen Genossen geführt.

Großbankier als Geldgeber der Hitler-Partei

Emil Kirdorf ist Aufsichtsratsvorsitzender der Gelsenkirchener Bergwerks-Aktiengesellschaft (GBAG).

Emil Kirdorf ist einer der Hauptmacher des Stahltrüsts.

Emil Kirdorf ist Aufsichtsratsmitglied der durch den Zusammenschluß der Deutschen Bank und der Disconto-Bank entstandenen Dedi-Großbank.

Emil Kirdorf, einer der Finanzgewaltigen Deutschlands, berüchtigter kapitalistischer Scharfmacher des Ruhrgebiets, war

Hitlers Ehrengast beim Nürnberger Parteitag der NSDAP.

In Kirdorfs GBAG-Aufsichtsrat sitzt auch Hugenberg, der sich die Hitler-Partei für einen Wahlpakt für seine reaktionären, volksfeindlichen Pläne gekauft hat.

Über die Zeche Monopol sind — wie die „Weltbühne“ enthüllt — in jüngster Zeit Kirdorfs Gelder zur Neugründung von nationalsozialistischen Zeitungen gegeben worden.

Was ist die NSDAP?

Die gekaufte Streikbrecherpartei im Dienste der berüchtigsten Young-Ausbeuter.

Im Dienste der Großbankiers und Schwerindustriellen!

Ein Monat Werbearbeit

925 neue Kämpfer für ein Sowjetdeutschland

im Bezirk Sachsen

Obwohl die „Linken“ Sozialfaschisten in Sachsen versuchen, in der demagogischsten Weise den Vorwärt der kommunistischen Partei zu verschleiern und die Nazis überall mit ihren Mordabsichtungen kommunistische Arbeiter und Funktionäre niederzuschlagen, wächst die Partei in Sachsen nach der Reorganisation von Monat zu Monat.

Im Monat Juli wurden 925 Mitglieder aufgenommen. Nicht nur in den Industriestädten wächst der Einfluß der KPd, sondern auch in den ländlichen, stark unter jesuitischer Terror leidenden Unterbezirken.

Reichsbannerprolet erklärt:

Ich wähle am 14. September KPd.

Salle, 14. August. (Eigener Bericht.) In einer Versammlung der Arbeiter der Gipsgruben in Niederjachsweifen, die überaus stark besucht war, erschien u. a. auch der sozialdemokratische Landrat Dr. Ritter, um in der Diskussion gegen den kommunistischen Referenten aufzutreten. Doch als die Diskussion eröffnet wurde, war Dr. Ritter, dessen Wortmeldung bereits am Vorstandstisch lag, plötzlich spurlos verschwunden. Unter dem Eindruck der Ausführungen des kommunistischen Redners meldete sich dann unerwartet ein einfacher Reichsbannermann zum Wort und erklärte nur kurz folgendes:

„Auch ich lehre der Partei des Arbeiterrats den Rücken. Ich wähle am 14. September die KPd.“

Ein 70-jähriger Juvalde, der nicht auf die Rednertribüne steigen konnte, rief aus dem Saal heraus, daß es alle hören konnten:

„Jahrzehntlang wurden wir verachtet und verkauft. Ich trete in die kommunistische Partei ein und fordere alle übrigen auf, meinem Beispiel zu folgen.“

Eine Anzahl Neuaufnahmen wurden sofort getätigt, darunter fünf Frauen und drei Jugendliche.

Die englische „Arbeiter“-Regierung hat drei durch britische Soldaten verhaftete indonesische Revolutionäre ohne Verfahren den holländischen Behörden in Java ausgeliefert.

Kein Arbeiter als Nazi-Spitzenkandidat

auf der Liste für Schleswig-Holstein

Hamburg, 14. August. Die Nationalsozialisten haben ihre Kandidatenliste für die Reichstagswahl für den Wahlkreis Schleswig-Holstein veröffentlicht. Nichts kennzeichnet besser den Charakter dieser „Arbeiterpartei“ als die Tatsache, daß unter den drei Spitzenkandidaten kein einziger Arbeiter aufgestellt ist. Die drei ersten Vertreter dieser Unternehmerpartei sind: Ein Kieler Amtsgerichtsrat, ein „landwirtschaftlicher Hauptkassier“ und drittes ein Großbauer.

Wer will diese Partei der Großbauern, dieser vom Kapital gekauften Knechte wählen?

KPD. im Kampf gegen Young-Steuern

Leipzig, 14. August. (Eig. Bericht.) Die kommunistische Landtagsfraktion des Sächsischen Landtages hat durch den Genossen Renner ein neues Schreiben an den Präsidenten des Sächsischen Landtages mit der dringenden Forderung auf sofortige Einberufung des Landtages, um zu den Young-Steuern Stellung zu nehmen, gerichtet.

Man darf gespannt sein, mit welchen Methoden der sächsische Landtagspräsident diesmal die von der gesamten sächsischen werttätigen Bevölkerung geforderte und von den Kommunisten beantragte Einberufung des Landtages hintertreiben wird.

Waffen und Munition

müß man haben, um einem schwerbewaffneten Gegner wirksam entgegenzutreten zu können!

Gegen alle Feinde der Werttätigen

Kämpft nur die kommunistische Partei! Dieser Kampf erfordert neben den vielen Opfern auch sehr viel Geld!

Gebe und sammle

nach deinen Kräften und du hast deine Pflicht erfüllt gegenüber dir und deiner Klasse. Die Parole eines jeden Parteimitgliedes und unserer Symphonierenden lautet:

Für den Wahlfonds der KPD.

„Im Waffenrod wie im KZB.-Kittel Das gleiche revolutionäre Herz“

Verbrüderung skandinavischer Soldaten mit Vertretern des verbotenen Roten Frontkämpferbundes — Leow spricht, Telegramm an Thälmann

Der antifaschistische Kampfkongress am 10. August in Stockholm war ein überwältigender Auftakt zur Schaffung einer breiten antifaschistischen Abwehrfront des skandinavischen Proletariats, die ihre Aufgabe vor allem in der Bekämpfung des Sappo-Terrors in Finnland erblickt.

Den Höhepunkt bildete die, mit tosendem Beifall aufgenommene Verbrüderung revolutionärer skandinavischer Artilleristen und Matrosen mit Vertretern des nicht zu verbotenden deutschen Roten Frontkämpferbundes.

150 Delegierte aus Finnland, Norwegen, Schweden und Dänemark, darunter zahlreiche Vertreter revolutionärer Soldaten, parteilose, sozialdemokratische und syndikalistische Arbeiter reichten sich die Hände zur Schaffung einer klaren antifaschistischen und antikapitalistischen Front. Sämtliche Beschlüsse fanden die einmütige Zustimmung der Delegierten.

In das Ehrenpräsidium der Konferenz wurden die Genossen Willi Honkanen und Taimi-Finnland, Margus-Deutschland, Katali-Ungarn, Terra-Sinti-Italien, die in den Kernern der Bourgeoisie sitzen sowie die polnischen Genossen Zugenb, Hirsch, Propper und die amerikanische Genossin Marie Dalton, die zum Tode verurteilt worden sind, gewählt.

Mit großem Jubel wurden die Vertreter des revolutionären Proletariats in Finnland empfangen, deren Teilnahme an der Konferenz mit der Ueberwindung unendlicher Schwierigkeiten verknüpft war. Sie schilderten, mit welcher Brutalität und Bestialität der weiße Schrecken in Finnland wütet. Auch die Vertreter Norwegens, deren Redner der Genosse Jakob Frills war, wurde mit großer Begeisterung empfangen. Der Genosse Aigel Larsen, Dänemark, schilderte, wie selbst das kleine Dänemark den faschistischen Kurs einschlägt und dabei vom Sozialfaschismus unterstützt wird. Der Genosse Sillen, Schweden, unterstrich, daß dieser Kongress Einleitung einer breiten antifaschistischen Kampffront sein wird.

Genosse Willy Leow, der mit brausendem Beifall empfangen wurde, überbrachte dem Kongress die brüderlichen Grüße der deutschen kommunistischen Partei und der Millionen Werktätigen, die unter der Führung der KPD. gegen Faschismus und Krieg, für die Verteidigung der Sowjetunion und für den siegreichen Oktober der deutschen Revolution kämpfen. Er schilderte dann den Kampf, den die deutschen Arbeiter unter der Führung der kommunistischen Partei gegen den Young-Plan und die Young-Parteien, gegen Faschismus und gegen

Sozialfaschismus führen. Genosse Leow wurde von stürmischem, minutenlangem Beifall unterbrochen, als er anführte, daß der Rote Frontkämpferbund am Jahrestage des Verbois in Berlin härter aufmarschiert ist als vor dem Sebringischen Verbot. Zuletzt wandte sich Genosse Leow mit einem feurigen Appell an alle Arbeiterbelegten, mit ganzer Kraft und Initiative den Kampf gegen den Faschismus zu organisieren.

Die Rote Armee vor Hanking

Die europäischen Konzessionen in Hankau sollen geräumt werden

Shanghai, 14. August. Nach Meldungen aus Hanking operieren Truppenteile der Roten Armee etwa 20 Kilometer vor Hanking. Sie setzen mit Unterstützung der Bevölkerung ihren Vormarsch auf die Stadt fort.

Eine Bestätigung der vollständigen Besetzung Hankaus durch die Rote Armee liegt noch immer nicht vor. Die Stadt muß jedoch vollständig von Roten Truppen umzingelt sein, deren Siegezug durch den Generalstreik der Arbeiterschaft unterstützt wird. Meldungen bürgerlicher Agenturen berichten, daß eine vollständige Räumung der europäischen Konzessionen in Hankau bevorsteht.

Der Straßenbahnstreik in Shanghai ist trotz des Einmarsches russischer Weißgardisten als Streikbrecher siegreich beendet worden. Die französische Straßenbahngesellschaft mußte den Arbeitern und Angestellten eine Lohnerhöhung in der geforderten Höhe gewähren.

Generalstreik in Palästina

am ersten Jahrestag des Araberaufstandes
London, 14. August. Für den 23. August, dem 1. Jahrestag des Araberaufstandes in Palästina, ist zu einem allgemeinen Generalstreik aller Araber in Palästina aufgerufen worden.

Rote Zellen in der griechischen Reichswehr

Ein Aufruf der revolutionären Soldaten Griechenlands an alle Proleten im Waffenrod

Die kommunistischen Zellen des ersten Regiments in Athen haben zum 1. August einen Aufruf an alle Proletarier im Waffenrod herausgegeben, den wir nachstehend zum Abdruck bringen:

„Genossen! Wir müssen uns gegen die Offensive der Offiziere mit unserer Massenkraft verteidigen. Auf die Schützen von Kampanie, Leidoglu, Klapis (3 Offiziere), müssen wir mit der Gegenoffensive antworten. Sie wollen, daß wir sie grüßen, wenn sie uns schlagen. Sie wollen uns zu essen geben, wenn es ihnen einfällt und wir sollen dagegen keinen Protest erheben. Sie wollen uns auf den Übungen bis zur Bewußtlosigkeit quälen und wir sollen dann noch lange Strecken marschieren. Sie wollen uns zu Tieren machen, die ohne jeden Widerstand in den Krieg ziehen werden.“

Weil ihnen dies nicht gelingt, versuchen sie mit dem Terror unsere Empörung und unseren Kampf zu ersticken. Darum gittern sie vor unserer Bewegung, darum verhöhn sie uns mit dem Revolver in der Hand, darum haben sie unsere Genossen verhaftet und in die Keller gesperrt.

Sie wollen dadurch alle terrorisieren, sie wollen unseren Kopf unter ihre Offiziersstiefel nehmen.

Nein, das dürfen sie nicht erreichen! Der Kampf muß noch stärker fortgesetzt werden!

Die kommunistischen Zellen sagen euch, Genossen, was geschehen muß.

Es müssen Kampfkomitees in jedem Bataillon gewählt werden. Und mit diesen an der Spitze müssen wir Lokpartei vor der Kommandantur protestieren.

Wir müssen die 25-Drachmentloft, 6 Drachmen tägliche Entlohnung, allgemeinen Ausgang an jedem Abend, Ferien für die Kranken usw. fordern.

Wir müssen unseren Willen gegen die Kriegsmänner, gegen Kaspaki, gegen den neuen Krieg und das bürgerliche Militär, gegen den Militarismus demonstrieren, für die kommunistische Partei und den KZB., die unseren Kampf führen, für die Sowjetunion, für ein Sowjet-Griechenland!

Auch ihr anderen Soldaten von Athen, macht daselbst kommunistische Zellen des 1. Regiments.
Ein donnerndes „Rot Front“ den tapferen griechischen Proletariern im Waffenrod!

Vordringen der Aufständischen

Attivität der verbotenen Rothemden

London, 14. August. Die Aufstände an der indischen Nordwestgrenze haben jetzt alle Stämme westlich von Peshawar ergriffen. Gegewärtig stehen etwa 40 000 bewaffnete Aufständische im Felde. Der Uraugai-Stamm hat sich dem Afridi-Stamm angeschlossen und zusammen mit demselben den Vormarsch auf die Stadt Kohat, 70 Kilometer südwestlich von Peshawar, begonnen. Die Afridis marschieren mit Unterstützung von anderen Stämmen an der Nordwestprovinz gegen die Städte Nowshar und Parachinare. 24 Kilometer nordwestlich von Peshawar ist eine große Anzahl Rothemden aufgetaucht.



Copyright by Internationaler Arbeiterverlag, Berlin.

40. Fortsetzung

„Ich habe Ihnen folgendes zu erzählen“, fing Jascha an. „Nikola ist auf einige Wochen verreist, und Sie sollen ihn vertreten in seiner Arbeit. Wir müssen unbedingt Verbindung mit der Provinz bekommen. Wir fangen an, unsere Ortsgruppen zu aktivieren. Sie werden in verschiedene Provinzstädte geschickt werden. Mit welchen Genossen Sie sich in Verbindung setzen sollen, werden Sie noch erfahren.“

Er schwieg und zog den Kopf ein. Eine Weile gingen sie wieder stumm nebeneinander. „Wovon leben Sie eigentlich“, fing Jascha unvermittelt an.

Stafandoff war einen Augenblick bestürzt, nahm sich aber gleich zusammen. „Das ist es ja gerade, worüber ich mit Ihnen auch sprechen wollte. Ich habe alle meine Sachen verkauft, habe einige Rubel dafür bekommen, aber jetzt geht das Geld zu Ende. Ich wollte Arbeit aufnehmen, wenn ich hier bleibe. Wenn ich aber wegfahren muß, werde ich leider die Partei in Anspruch nehmen müssen. Wenn ich wieder Arbeit finde, werde ich das Geld der Partei wieder zurückerstatten.“

„Nein, wenn die Partei Sie schickt, ist es selbstverständlich, daß Sie die Speise erst bekommen. Sie müssen aber sparsam leben, weil wir mit Geld sehr knapp sind.“

„Aber ich bitte Sie! Ich und Parteigelde? Wenn ich offen sein soll, es fällt mir schwer, auf Parteikosten zu leben. Ich habe nie einen Groschen von der Partei genommen. Die Genossen vom Ural haben mir hundert Rubel Reisekosten gegeben, auch das war mir schon zu viel.“

„Was soll man machen, wenn es nicht anders geht?“
„Wann soll ich fahren?“

„In den nächsten Tagen. Bei Oja werden Sie das Mandat und einiges Geld bekommen, auch ein Verzeichnis der Städte und Genossen, die Sie aufsuchen sollen.“

„Wann und wo kann ich Oja treffen?“
„Im Theater, in derselben Loge wie das letztmal.“
„Es ist nicht rasam, sich immer an derselben Stelle zu treffen. Vielleicht bei...“

„Das ist schon richtig, aber bei ihr zu Hause geht es nicht. Sie ist in Stellung und darf keinen Besuch empfangen. Verabreden wir vielleicht auf morgen abend 6 Uhr in Ihrer Wohnung.“

Sie verabschiedeten sich. Stafandoff ging weiter, Jascha zurück nach der Nikolajewskistraße.

Jascha wurde es leichter ums Herz. „Er scheint ein aufrichtiger Mensch zu sein. Er gehört zweifellos zu uns, ist ein gewiegter Konspirator. Es ist gut, daß wir noch einen Menschen haben, der arbeiten kann.“

Am nächsten Morgen besuchte Jascha Oreschnitoff.

„Stafandoff macht auf mich einen recht guten Eindruck“, erzählte er Wasja. „Er ist sehr vorsichtig und zurückhaltend.“

„Das ist sehr gut, wir haben noch eine Arbeitskraft. Jetzt endlich wird Nikola nach dem sibirischen Kreiskomitee fahren können. Stafandoff bleibt bei uns und wird die Bearbeitung der Provinz in die Hand nehmen.“

Jascha bekam von Oreschnitoff die nötigen Papiere für Stafandoff und ging damit zu Jelena Petrowna.

Unterwegs sah er Oja von weitem. Sie stand an einer Straßenecke, und ihre Augen gingen suchend umher. Sie lief an das Schaufenster eines großen Ladens, winkte Jascha und trat in den Laden ein. Jascha tat daselbe.

Der Laden war voll Menschen. Oja stand im Gedränge unbemerkt Jascha einen Zettel zu. Er las: „Matrjona ist in großer Erregung. Sie will jemand von den Genossen sprechen, außer Wasja. Sie hat eine wichtige Nachricht.“

„Was kann das nur sein“, dachte Jascha, „warum will sie gerade Wasja nicht sehen?“
Er winkte Oja zu; sie verließen beide den Laden.
„Ich muß Matrjona noch heute treffen; vielleicht ist es etwas sehr wichtiges.“
„Sie war sehr aufgeregt“, erzählte Oja. „Sie sagte, es sei kein Wunder, daß wir eine Schlange nach der anderen erlöbten.“

In unserem Komitee müsse ein Propagateur sitzen.“

„Was?“

„Ja, das sagte sie.“

„Dann muß ich unbedingt noch heute mehr von ihr hören.“

„Aber wie?“

„Du besprichst mit ihr, wo ich sie treffen kann.“

„Gut.“

Oja hielt Jascha noch einmal fest:

„Noch eine Sache: Ich stehe jetzt mit Popoff wieder an gutem Fuß. Den Zwischenfall von neulich hat er vergessen. Er hat wieder Vertrauen zu mir. Es ist wieder an der Zeit, bei ihm eine Durchsuchung zu machen.“

„Wir müssen einen Nachschlüssel zu seiner Tür und seinem Schreibtisch machen lassen. Das kannst du besorgen. Das andere werde ich mit noch einem Handfesten Kerl vornehmen.“

Nachdem sie sich getrennt hatten, ging Jascha noch lange durch die Straßen und zerbrach sich den Kopf über das Gehörte.

„Welchen Genossen verdächtigt Matrjona? Vielleicht ist es Stafandoff? Vielleicht sollte ich sein Mandat zurückhalten?“

Er ging zu Jelena Petrowna. Sie überlegten hin und her, gingen alle aktiven Genossen durch.

„Es wundern mich nur, daß sie mit dem Genossen Oreschnitoff nicht zusammenkommen will.“

„Wer weiß, was das zu bedeuten hat. Wir müssen sie so bald wie möglich treffen.“

„Nein, guerd! Will ich mit Wasja sprechen. Er weiß es vielleicht, worum es sich handelt. Ich bin heute abend mit ihm zusammen. Sei um sieben Uhr zu Hause, ich habe dir etwas zu übergeben.“
„Gut.“
Am Abend war Jascha bei Wassilj Petrowitsch Oreschnitoff und erzählte ihm von Matrjona.
Wasja überlegte einen Augenblick und lachte gleich hell auf: „Ich hab's! Sie hat mich beim General Wassiljitsch gesehen. Bei meinem Anblick wurde sie ganz blaß vor Schreck.“
Jascha fiel ein Stein vom Herzen.

Rund um den Erdball

Doch nicht namenlos in der Fremde gestorben

Königssteiner Selbstmörder erkannt

Mit einer Wäscheleine ging diese ruinierte Hamburger Mittelständlerfamilie auf Reisen

Hamburg, 14. August. Unsere Vermutung, daß die drei Personen, die am Montag morgen in Königsstein im Taunus an Bäumen erhängt aufgefunden wurden, eine vom Kapitalismus ruinierte Mittelständlerfamilie sei, die von weither gereist kam, um in der Fremde unerkannt zu sterben, hat sich als leider nur zu wahr erwiesen.

Wie die polizeilichen Nachforschungen ergeben haben, handelt es sich hier um

die Familie, also Mann, Frau und Tochter, des Hamburger Bauwärters Koch.

Der Entschluß Kochs, seiner Frau und der Tochter, aus dem Leben zu scheiden, ist zweifellos auf geschäftliche Schwierigkeiten zurückzuführen. Im Donnerstagabend hat die Familie Koch ihre Hamburger Wohnung verlassen. Bereits in der Nacht zum Freitag haben Bekannte der Familie, die aus gewissen Anzeichen das Schlimmste vermuteten, die Tür gewaltsam aufbrechen lassen. Doch fanden sie keinerlei Hinweis, wohin sich die Vermissten begeben hatten.

Wie auch wir bereits am Mittwoch berichteten, hatten die Verzweifelten alle erdenklichen Vorbereitungen getroffen, um ihren Selbstmord zu verschleiern.

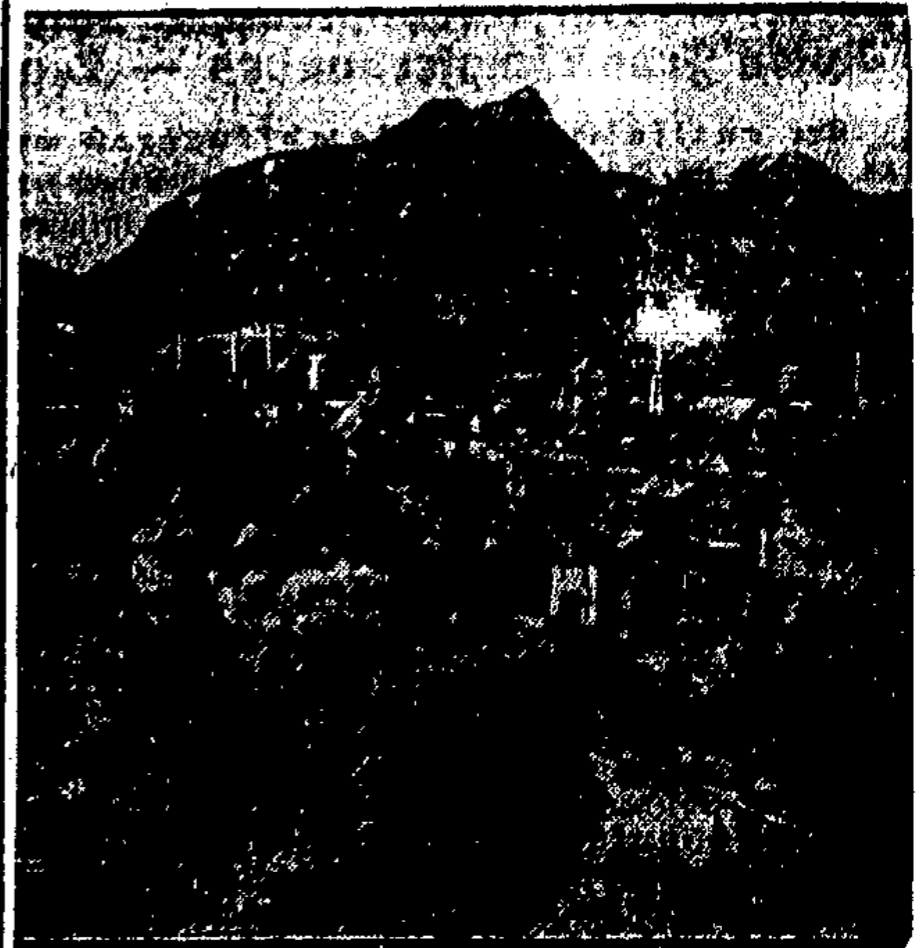
Der Mann hatte nicht nur den Namen aus dem Hutlatter herausgeschnitten, sondern auch sämtliche Firmennamen aus den Kleidern und Mänteln entfernt.

Nediglich in einem Taschentuch fand man ein Monogramm mit den Buchstaben M. K. Nur die in der Handtasche der Frau aufgefundenen Fahrscheine gaben fast den einzigen Anhalt zur Feststellung der Persönlichkeiten.

Die Wäscheleine, mit der die Verzweiflungstat ausgeführt wurde, ist offenbar von Frau Koch eigens zu diesem Zweck von Hamburg mitgenommen worden.

Unsere Behauptung, daß diese vom Kapitalismus ruinierten Mittelständler genau wie todeswunde Tiere, die sich im tiefsten Dickicht des Waldes zum Sterben verbergen, in die Fremde gereist sind, um namenlos ihrem Elendsdasein ein Ende zu bereiten, ist damit bestätigt. Aber damit auch zum hunderttausendsten Mal die ungeheure Blutschuld des kapitalistischen Systems, in dem gleichermäßen Proletarier und Kleinbürger, die sich nicht zum konsequenten Klassenkampf bekennen können, „freiwillig“ in den Tod gekehrt werden. Ist das ein Ausweg? Nein, und tausendmal nein! Selbstmord ist und darf kein Ausweg sein! Sondern ausschließlich der organisierte rücksichtslose Massenkampf gegen den Mörder Kapitalismus.

Wolkenbruch über Bad Reichenhall



Wie bereits gestern gemeldet wurde, ist über Bad Reichenhall in Südbayern und seiner Umgebung ein schwerer Wolkenbruch niedergegangen, der in kürzester Zeit die Gebirgsbäche zu reißenden Flüssen anschwellen ließ. Wasser und Sandmassen drangen in den Ort ein, überfluteten meterhoch Straßen und Keller. Unser Bild zeigt das herrlich gelegene Bad Reichenhall, einen Kurort der Zahlungskraftigen.

Kurdische Siedlungen in Arrarat



Der kurdische Volksstamm, der zur Befestigung der feudal-absolutistischen Herrschaft in der Türkei eine ähnliche Rolle spielte wie die Kosaken im zaristischen Rußland, ist gegen die türkische Regierung auf englische Treibereien hin in den Aufstand getreten. England verfolgt konsequent das Ziel, einen Krieg zwischen der Türkei, die bekanntlich einen Freundschaftsvertrag mit Sowjetrußland hat, und Persien zu provozieren. Unser Bild zeigt das Leben dieses von England gekauften Volksstammes.

Bergwerkskatastrophe in British-Columbia

Bisher drei Kumpels als Leichen geborgen — 40 noch eingeschlossen

London, 14. August. Eine schwere Schlagwetterexplosion ereignete sich in der Nacht zum Donnerstag im Coalmont-Bergwerk bei Princeton in British-Columbia. 48 Bergleute wurden durch die hereinströmenden Gesteinsmassen im Unglücksstollen eingeschlossen. Bisher gelang es, drei Kumpels als entsetzlich verstümmelte Leichen zu bergen.

Schwerer Wirbelsturm in Neapel

Drei Todesopfer, riesige Überschwemmungen

Rom, 14. August. Neapel wurde am Donnerstag früh von einem ungewöhnlich heftigen Wirbelsturm heimgesucht, der drei Todesopfer forderte. Der Sturm wütete am stärksten in dem Fabrikviertel von Vasto, wo Einfriedigungsmauern einer Fabrikanlage einstürzten, wobei zwei Personen unter den Trümmern begraben wurden. Auf dem Markt wurden sämtliche Verkaufsstände zerstört, wobei eine weitere Person getötet und 20 zum Teil schwer verletzt wurden. In ganz Italien sind heftige Unwetter niedergegangen. Besonders in Rom tobte ein schweres, mehrstündiges Gewitter, das stellenweise riesige Überschwemmungen verursachte.

Mörderisches Spielzeug

Durch die Explosion eines Granatzünder drei Kinder getötet

Genova, 14. August. Auf dem Exerzierplatz bei Piazza Marina in Italien fanden Kinder beim Spielen einen Granatzünder. Als sie sich daran zu schafften machten, explodierte das gefährliche Spielzeug. Zwei Knaben und ein Mädchen wurden auf der Stelle getötet. Ein anderer Knabe erlitt so schwere Verletzungen, daß ihm beide Beine amputiert werden mußten.

Drei Knaben vom Blitz erschlagen

In dem westfälischen Ort Willmersloh bei Walsloh schlug am Mittwoch nachmittag der Blitz in einen Baum, unter dem vier Knaben im Alter von 9 bis 13 Jahren Schutz vor dem Gewitter gesucht hatten. Dabei wurden drei Knaben getötet, während der vierte eine schwere Lähmung davontrug.

Effizienter Rechtsanwalt veruntreute 1 1/2 Millionen Mark

Der Essener Rechtsanwalt und Notar Dr. Antrop ist verhaftet worden. Es werden ihm Unterschlagungen und betrügerische Machenschaften zur Last gelegt, die nicht weniger als 1 1/2 Millionen Mark betragen sollen.

Fluggesellschaft in Lothringen

Bei Sauro-sur-Ried in Lothringen ist ein Militärflugzeug brennend abgestürzt. Die beiden Insassen, ein Leutnant und ein Sergeant der französischen Armee, waren sofort tot.

Verhaftungen im Lübbener Kindermord

Grete Schades Mörder aber noch in Freiheit

Sozialdemokratischer Schupo — Sündenbock für die Hauptschuldigen

Lübben, 14. August. Die Rottbuser Staatsanwaltschaft, die bekanntlich die Untersuchung über den Selbstmord der 16jährigen Gertrud Schade in Händen hat, hat einen der Schuldigen, die das unglückliche Arbeitermädchen in den Tod gekehrt haben, nunmehr verhaftet. Manu, so schnell werden sich die Arbeiter verwundert fragen. Gewach, denn der Verhaftete ist in dieser aufsehenerregenden Kleinstadtsache selbstverständlich nur der kleinste Sünder. Der eigentliche Hauptschuldige, also der Amtsgerichtsrat Verjähall, entzweit sich nach wie vor seiner Freiheit.

Der von der Staatsanwaltschaft auf den Grund der empörenden Bevölkerung von Lübben und Umgebung hin Verhaftete ist der Hauptwachmeister Man, nebenbei ein krammer Sozialdemokrat.

Er wurde seines Amtes enthoben und ihm das Tragen der Uniform verboten. Gleichzeitig wurde gegen ihn ein Disziplinarverfahren mit dem Ziel auf Amtsenthebung eingeleitet. Dieser uniformierte Republikbeschützer ist in der Hauptsache verantwortlich für den ungeheuerlichen Skandal des Transportes Grete Schades mitten durch die belebte Kleinstadt.

Wer also geglaubt hat, daß der Rottbuser Staatsanwalt seinen Kloßengenossen, den Amtsgerichtsrat Verjähall, ins Irrenhaus jagen würde, hat sich also wieder einmal getrrrt! Trögm es einwandfrei feststeht, daß

ieser alte Klassenrichter bereitwillig und nur auf einen halblohen Verdacht hin das Mädchen der Polizei übergab

und es dadurch unmittelbar in den Tod hegte, denkt der Staatsanwalt nicht daran, diesen Hauptschuldigen zu verhaften. Um aber der erregten Bevölkerung zu zeigen, daß dieser Kindermord „bestraft“ werden soll, mußte also der kleine Sünder, Sozialdemokrat Man, dran glauben. Doch das Manöver der Rottbuser Staatsanwaltschaft, das die Aufmerksamkeit von dem

schuldigen Amtsgerichtsrat ablenken will, ist zu offenkundig. Darauf fällt kein Arbeiter mehr herein!

Wir fordern daher mit aller Entschiedenheit, daß Amtsgerichtsrat Verjähall und seine mitgeschuldige Frau ebenfalls ohne Ansehen ihrer „gesellschaftlichen Stellung“ behandelt und verhaftet werden.

Kurdische Stammeshäuptlinge



Sozialdemokratischer Wahlbetrug mißglückt

Nur die Kommunisten vertreten ernsthaft Mieterinteressen — SPD. lehnt die alten Mietfähe ab — SPD-Fraktion stellt den Lohnräuber Schramm — Lohnraub nach der Wahl

p. Die gestrige außerordentliche Stadtworordneterversammlung sollte eine recht billige Wahlversammlung für die Sozialdemokraten werden. Das ist der SPD. glatt vorbeigelungen. Warum? Die Kommunisten hatten entgegen der sozialdemokratischen Anfrage: „Was hat der Magistrat bisher getan, um die berechtigten Forderungen der Neumietler bei der Siedlungs-W.G. durchzuführen? Was gedenkt er noch zu tun?“ den konkreten Antrag auf Festsetzung der Miete in den Siedlungen in Zimpele, Bpelowitz usw. gestellt — und zwar darf im Höchstfalle der Quadratmeter pro Jahr nicht mehr wie 8,40 Mark kosten —, den die Sozialdemokraten ablehnten. Wenn bis dato Neubaummieter noch glaubten, daß die Sozialdemokratie ehrlieh für die Verbilligung der Neubaummieter eintrete, dürften sie wohl jetzt ordentlich irritiert sein. Das Wahlbetrugsmanöver der SPD. ist durch die ernsthafteste Wahrnehmung proletarischer Mieterinteressen durch die Kommunisten entlarvt worden. Die Forderungen der „Volkswacht“ werden heute das reine Gegenteil auf Anweisung der Parteiführung schreiben müssen.

Die in der „Arbeiter-Zeitung“ vor einigen Tagen gebrachte Mitteilung, daß der „Linke“ Schramm — derzeitiger Stadtrats-Arbeiterdeputierter — drauf und dran ist, in den städtischen Betrieben einen Lohnraub vorzunehmen, war der Sozialdemokratie, da es vor dem 14. September war, recht unangenehm. Die Herren Krumm und Co., die im ersten Moment auf unsere Enthüllung sich den Schein gaben, als wenn sie vom Lohnräuber Schramm abzuwenden wollten, haben in der gestrigen Stadtworordneterversammlung ganz frech erklärt, daß es mit diesem Lohnraub nichts auf sich habe. Herr Schramm selbst umhüllte diesen politischen Spekulanten! Sollte es auch anders sein! Die kommunistischen Redner wußten diesen Schleiern und konnten den städtischen Arbeitern nur zurufen, daß sie sehr wachsam sein müssen, da diesen Lohnräubern der Zeitpunkt jetzt — es sind Wahlen am 14. September — nicht der richtige ist.

Die Spekulation der Sozialdemokratie, einen Wahlbetrug zu haben, ist gründlich ins Wasser gefallen. Die werktätigen Mieter, die städtischen Arbeiter, überhaupt die gesamte werktätige Bevölkerung muß den sozialfaschistischen Wahlbetrug erkennen und am 14. September allen ihren Feinden mit der kommunistischen Stimmabgabe antworten. Die Arbeiterklasse soll und muß an diesem Tage zum Ausdruck bringen, daß sie gewillt ist, mit uns Kommunisten den siegreichen Kampf gegen das Young-, für ein Sowjet-Deutschland zu führen.

Die gestern abgehaltene Stadtworordneterversammlung ist auf Antrag der sozialdemokratischen Fraktion angefragt worden, da die Sozialdemokratie das dringende Bedürfnis hatte, einen ganz erdärmlichen Wahlbetrug mit den Interessen der werktätigen Schichten darzulegen. Auf der Tagesordnung standen drei sozialdemokratische Anfragen; die erste: „Was hat der Magistrat bisher getan, um die berechtigten Forderungen der Neumietler bei der Siedlungs-W.G. durchzuführen?“ behandelte der Fraktionsvorsitzende Krumm in einer längeren Rede. Er führte u. a. aus: Die SPD. soll es gewahren sein, die seinerzeit beantragte, die Mieterhöhung in den Siedlungsbauten zwei Monate auszuschieben. (Und was dann?) Leider führte der Magistrat bzw. die Siedlungs-W.G. dieses nicht durch. Der größte Teil der Mieterschaft kann die Erhöhung nicht tragen, man hätte die Mieter seinerzeit beim Bezug der Wohnungen — es war im Jahre 1927 — auf eine kommende Mieterhöhung aufmerksam machen müssen, dann wäre ein Teil der Mieterschaft bestimmt nicht hineingezogen. Er forderte die Vertreter des Magistrats in der Siedlungsgesellschaft auf, ihren Einfluß (!) auf Verbilligung der Mieten geltend zu machen. Wollte man einen tatsächlichen Mieterstreik verhindern, so müssen alle Verhandlungsmöglichkeiten erschöpft werden. Die Sozialdemokratie verspreche sich von der Einbeziehung einer Wohnungsabgabe der Besitzer von großen Wohnungen eine ansehnliche Einnahme, die zum Zwecke der Mietenentlastung Verwendung finden könnte.

Stadtbaurat Behrendt: Eine Senkung der Mieten kann aus finanziellen Gründen der Stadt nicht erfolgen. Die Kommission (auch Sozialdemokraten) habe sich davon überzeugt, daß die Errechnung der Mieten richtig erfolgt sei; sie hat zur Verbilligung der Mieten keine konkreten Vorschläge machen können. Die Mieterschaft, die heute erklärt, sie könne aus wirtschaftlichen Gründen die Mieterhöhung nicht tragen, hätte seinerzeit die Wohnung nicht beziehen sollen. Nicht Magistrat und die Siedlungs-W.G. sei schuld, sondern diese selbst. Es wird nichts anderes übrigbleiben, als daß alles von den Beteiligten getan wird, daß die erhöhten Mietenzinsen gezahlt werden. Auf die Forderung der Sozialdemokratie auf Einführung der Wohnungssteuer muß gesagt werden, daß der preussische Minister des Innern (Sozialdemokrat) sich stets gegen eine solche ausgesprochen habe.

Genosse Zylla reißt den Mieterfeinden die Maske vom Gesicht.

Die Tatsache, daß wir uns heute wiederum mit der Mieterfrage der Neubaummieter beschäftigen müssen, zeigt uns, daß die Herren des Magistrats nicht daran denken, die Forderungen der Mieterschaft zu erfüllen. Auch die sozialdemokratischen Mitglieder des Magistrats bedenken die mieterfeindliche Haltung desselben. Wir erheben den schärfsten Protest gegen die Behauptung des Magistrats, daß die Mieterschaft sie „übernommen“ habe. Das ist eine direkte Verhöhnung der werktätigen Mieter, die jahrelang auf eine bessere Wohnung gewartet hatten. Der Magistrat und die Siedlungs-W.G. wollen, daß die nichtzahlungsfähigen Mieter wieder in die Kellerlöcher zurückgeworfen werden. Die im Streik befindliche Mieterschaft ist durch die schlechten Löhne gezwungen, den Mietersraub abzumehren. Die Behauptung der werktätigen Schichten hat sich in den letzten Monaten ständig verschlechtert. Die Sozialdemokratie trägt hierbei ein gerichtetes Maß von Schuld. Die Herrmann-Rückert-Regierung hat den verschärften Hungerkurs gegen die arbeitenden Schichten eingeleitet, und Herr Brüning führt ihn durch. Die Sozialdemokratie hat verhindert, die Lage der arbeitenden Schichten zu heben; sie hat vielmehr weitere Millionen werktätiger Steuerzahler für die Aufrechterhaltung des kapitalistischen Machtapparates bewilligt. Die Sozialdemokratie trage mit die Schuld, daß seit dem Jahre 1920, der Einführung der Hauszinssteuer, Milliarden von Mark, herausgesprengt aus den Taschen der werktätigen Mieter, für Reichswehr, Polizei, Justiz und Kirche verwandt wurden. Die preussische sozialdemokratische

Regierung marschiert an der Spitze der Mieterräuber; sie hat erst vor einigen Wochen mit Hilfe einer Regierungsverordnung eine Erhöhung der Mißbaumieten festgelegt.

Die Forderungen, die wir heute hier in unserem Antrage stellen, sind die Forderungen der werktätigen Mieterschaft. Die Herren aber auch gleich von hier aus, daß diese Forderungen nur im schärfsten Kampf gegen den Magistrat und die Siedlungs-W.G. zu erreichen sind. Wir Kommunisten werden alles daransetzen, daß der Kampf der Neubaummieter ein Kampf aller werktätigen Mieter in Breslau wird, da es hier geht um einen Kampf gegen die weitere Verelendung der werktätigen Schichten.

Nachstehend die kommunistischen Anträge, die mit den Stimmen der Sozialdemokratie abgelehnt worden sind:

Der Magistrat wird beauftragt, die Siedlungsgesellschaft zu veranlassen, die Miete in den Siedlungswohnungen auf 7 Mark pro Quadratmeter und Jahr zu senken. Sämtliche Zwangsmassnahmen gegen die Mieter, auch gegen solche, die schon vor dem Streik infolge wirtschaftlicher Notlage in Zahlungsvorzug geraten sind, sind unverzüglich auf Kosten der Siedlungsgesellschaft zurückzunehmen.

Bei Ablehnung obenstehenden Antrages beantragen die Unterzeichneten:

Der Magistrat wird beauftragt, die Siedlungsgesellschaft zu veranlassen, die Miete in den Siedlungswohnungen auf 8,40 Mark pro Quadratmeter und Jahr zu senken. Sämtliche Zwangsmassnahmen gegen Mieter, auch solche, die schon vor dem Streik infolge wirtschaftlicher Notlage in Zahlungsvorzug geraten sind, sind unverzüglich auf Kosten der Siedlungsgesellschaft zurückzunehmen.

In dem zweiten Punkt der Tagesordnung wurde gleichfalls eine sozialdemokratische Anfrage wegen der Tagung der „Deutschen Studentenschaft“ behandelt. Man wandte sich von sozialdemokratischer Seite nur bezwogen gegen den offiziellen Empfang der „Deutschen Studentenschaft“ durch den Magistrat, weil der preussische sozialdemokratische Kultusminister seine Beziehungen zu dieser Organisation abgebrochen habe. Die kommunistische Fraktion erklärte hierzu, daß sie sich gegen jeden Empfang durch die Stadt wende, weil ja dafür Lohnausende von Mark werktätiger Steuerzahler für Freigelagerte verwandt werden, während Tausende von Arbeitern noch nicht einmal ein warmes Frühstück haben. Wichtig ist, festzuhalten, daß die sozialdemokratischen Mitglieder des betreffenden Ausschusses sich für restlose Herausgabe der Etatmittel bei solchen Empfängen einsetzten.

Wir haben in der Einleitung unseres Berichtes darauf hingewiesen, daß unsere gemachten Enthüllungen über den geplanten Lohnraub bei den städtischen Arbeitern der Sozialdemokratie sehr unangenehm sind. Sie mußte darum einen Weg finden, um die Arbeiterklasse, die sich in einer Rebellion gegen den beschäftigten Lohnraub befindet, zu beruhigen, damit diese in der Mehrheit der Sozialdemokratie am 14. September wiederum die Stimme gebe. In der Anfrage der Sozialdemokratie stellt man die Frage, ob die Mit-

teilungen der „Arbeiter-Zeitung“ richtig sind! Auch die in der Sitzung von Schramm abgegebene Erklärung, daß man an einem Lohnraub nicht denke, ist ein elender Wahlbetrug, der den wahren Tatsachen ins Gesicht schlägt. Herr Schramm versuchte sich mit allerhand Nebensachen und Ausfällen gegen die Kommunisten aus der Schlinge zu ziehen.

Ungewöhnlicherweise erklärte Schramm, daß zurzeit niemand daran denke, einen Lohnraub vorzunehmen. Auf deutsch heißt das, daß die Sozialdemokratie, die um die Stimmen der Arbeiter für die kommende Reichstagswahl buhlt, nicht zu dumm sein werde, einen solchen arbeitserneuerlichen Schritt jetzt durchzuführen.

Genosse Guhr: Die Ausführungen des Sozialdemokraten Krumm haben gezeigt, daß wir uns in einer Wahlversammlung befinden. Die Arbeiterklasse wird dieses Manöver durchschauen! Nicht wir haben in der „Arbeiter-Zeitung“ gelogen, wenn wir die Behauptung aufstellten, daß der Magistrat einen Lohnraub vornehmen wolle, sondern diejenigen, die heute hier ganz frech erklären, daß man so etwas nicht vorhaben, moegen die konträren Beweise was anderes besagen. Wir stellen fest, daß bereits seit dem 13. Mai Herr Schramm in Verhandlungen auf Lohnraub geführt hat. Man beabsichtigt, die Lohnabgabe dahin abzuändern, daß statt der bisherigen fünf Lohngruppen elf geschaffen werden, die eine Kürzung der Löhne um 16 bis 18 Pfennige pro Stunde zur Folge haben würde.

Auf Kosten der städtischen Arbeiter will Schramm durch den Lohnraub 250 000 Mark einsparen.

Wenn Herr Schramm behauptet, daß die Einsparung dieses hohen Betrages ohne Kürzung möglich sei, so ist das ein ganz plumper und gemeiner Schwindel, auf den die städtischen Arbeiter nicht mehr hereinfallen werden.

Wir Kommunisten werden schon dafür sorgen, daß die Arbeiterklasse die wahre Rolle der sozialdemokratischen Partei- und Gewerkschaftsführer als Kaskaden der Bourgeoisie erkennt. Die Arbeiterklasse muß unter Führung der revolutionären Gewerkschaftsopposition nicht nur den Kampf gegen den Lohnraub organisieren, sondern sie muß, will sie ihre elende Lage verbessern, um die Erhöhung der Löhne, Verkürzung der Arbeitszeit kämpfen.

Der Sprecher des Zentrums ist auch der Meinung wie Herr Schramm, daß ein Lohnraub in diesem Zeitpunkt nicht in Frage kommen könnte. Man solle nicht unnötig die städtischen Arbeiter beunruhigen. Sozialfaschist Krumm versuchte nochmals in rabulischen Tönen die Arbeiterklasse zu täuschen. Er erklärte, die Sozialdemokratie werde nicht zulassen, daß ein Lohnraub vorgekommen wird. Was die Arbeiterklasse von einer solchen Erklärung aus dem Munde eines berufsmäßigen Arbeiterverrätters zu halten hat, ergibt sich aus der praktischen Politik der Sozialdemokratie und der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie. Erst die letzten Wochen haben auf das deutlichste gezeigt, daß die Gewerkschaftsbürokratie die Lohnrauboffensive der Unternehmer auf das stärkste unterstützte. Die Bewegungen der Arbeiter in Nordwest, Mansfeld, Oberschlesien usw. haben das bewiesen.

Fünf Fragen an die Nazis:

Darauf sollen sie heute dem Vertreter des Kommunistischen Jugendverbandes antworten

- 1. Wie verhält sich die „Arbeiterfreundlichkeit“ der Nationalsozialisten mit ihrem eingebrachten Antrag im Reichstage am 16. November 1928 auf „Einführung der Arbeitsdienstpflicht“, die die männliche und weibliche Jugend zu kostenloser Ausbeutungsobjekten der Großagrarier machen soll?
2. Was hat Friedl in Thüringen bisher getan, um die Kinderarbeit zu verbieten und die Unternehmer zu bestrafen?
3. Warum stimmten die Nationalsozialisten im Reichstage gegen den Antrag der Kommunisten am 23. September 1929: „Für Jugendliche unter 18 Jahren ist die tägliche Sechsstundenarbeitszeit einzuführen. — Bei jugendlichen Arbeitern ist die Pflichtschulzeit einzusetzen und zu bezahlen. — Verstöße gegen dieses Gesetz durch die Unternehmer werden mit Gefängnis nicht unter drei Monaten bestraft.“
4. Warum hat Friedl in Thüringen die Ausgaben für die Volksschulen, also für die Arbeiterkinder, um 1 Million 250 Tausend Mark verringert und dafür der evangelischen Kirche 1 Million 125 Tausend Mark mehr eingesetzt als vorher?
5. Warum hat Friedl in Thüringen an die Fürsten, die schon abgefunden waren, erneut 161 Millionen 530 Tausend Mark „Entschädigung“ gegeben und dafür die Erwerbslosenzuschüsse von 500 000 Mark gestrichen?

Wir erwarten die Beantwortung dieser Fragen am Freitag, dem 15. August, abends 8 Uhr, in der nationalsozialistischen Jugendversammlung in der Schlachthofbörse, Frankfurter Straße. In der Diskussion wird der Vertreter des kommunistischen Jugendverbandes, Genosse Karl Schirbawa, sprechen. Jungarbeiter, Arbeiter, Erwerbslose, erscheint zu dieser Versammlung in Massen. KZVD. Breslau.

Solidaritätsfest der „Roten Hilfe“

Sonntag, den 17. August 1930, im „Bergkeller“: Anreden zur Wahldemonstration 14.30 Uhr am Neumarkt, Abmarsch 15 Uhr. Im Garten: Konzert, Kinderbewirtung, Glücksrad, Kinderspiele

Wie alljährlich findet auch in diesem Jahr am 17. August das Solidaritätsfest der Roten Hilfe im „Bergkeller“ statt. Auch dieses Mal sollen besonders die Kinder bedacht werden, indem sie am Nachmittag bewirtet und die verschiedensten Spiele mit ihnen durchgeführt werden. Die Agitprop-Truppe des Jungpartialus-Bundes tritt zum erstenmal mit ihrem guten Programm auf.

Anlässlich der Wahl muß unser Solidaritätsfest in diesem Jahre einen ganz besonders wirksamen politischen Charakter tragen. Wir werden daher einen Demonstrationzug vom Neumarkt aus durchführen, an dem die verschiedensten Parteien ihre Uebertragungen haben werden. Von der Panzertruppe-SPD. bis zu den mordenden Faschisten kann sich die Breslauer Bevölkerung in den Straßen, die wir durchziehen, ihre Taten der Vergangenheit in Wort und Bild betrachten. Wir erwarten, daß alle uns befreundeten Organisationen uns unterstützen und daß sich alle Genossen restlos mit den Kapellen an der Demonstration beteiligen. Eintritt wird nicht erhoben, dafür verkaufen wir für den Verteidigungsfonds der Roten Hilfe Plaketten zu 20 Pfennig.

Hitler und Straffer in Breslau

In der „Roten Revue“ in der Veranstaltung des kommunistischen Jugendverbandes Breslau-Süd am Sonnabend in der „Agora“-Sälen, Sonnenstraße 40. — Ferner: „Siegesoper“, „Sant den Lutas“, Rezitationen von Weinert, Luchowitz usw. nsm. — Eintritt: Jugendliche 10 Pf., Erwachsene 30 Pf. Beginn 20 Uhr.

Auf, zur Pransnik-Fahrt!

Sonntag, den 17. August, früh 8 Uhr, Abfahrt mit gutem Auto nach Pransnik zur Unterstützung der dortigen Ortsgruppe. Wir fordern alle Genossen sowie Sympathisierenden auf, sich zahlreich zu beteiligen. Fahrpreis eine Mark. Voranmeldung bei O. Thamm, Freiburger Straße 54. — Arbeiter-Musikverein Breslau-Süd. Abfahrt: 8 Uhr Friedrich-, Ecke Bräuhöfener Straße.

Schwerer Verkehrsunfall. Gestern nachmittag, gegen 16.30 Uhr, wurde am Ohlau-Ufer, Ecke Ohlaner Stadtgraben, die auf dem Fahrdamm gehende Hansangestellte Gertrud Weiblich von dem Personauto des Fabrikbesizers Chutus angefahren, erfasst und mitgeschleift. Mit einem schweren Schädelbruch wurde die Hausangestellte nach dem Frankenhans Bethmann gebracht, wo sie noch bestunmungslos liegt. Die Verletzung ist lebensgefährlich.

Sportvereinigung Nordost. Zu Jitsu. Der Übungsabend findet nicht in der Andersenhalle statt, da die Lichtanlage dort noch nicht fertig ist, sondern am Freitag im Sauerbrunn, Pordschule, bei „1897“. Erscheinen aller ist Pflicht.

Bei übermäßiger Schwelchabsonderung an Händen, Füßen und in den Achselhöhlen sowie Geruchbelästigung besonders bei Reformer-Kleide. Tube 1 Mark. In allen einschlägigen Geschäften erhältlich.

Waldenburger Bergland

Das dritte Reich

wollten die Nazis anlässlich einer Zwangsäumung eines ihrer Ge-
nossen in Wehlstein am 12. August errichten. Folgender Vorfall löste
eine große Schaulust aus. Dem Nazi Zinke wurde vor langer Zeit
durch die Gemeindebehörde die Wohnung gestündigt. Da er nicht
Lust hatte, zu räumen, wurde kurzerhand die Sippe bestellt, die die
Wohnung leer machen sollte. Hierbei kam es zu heftigen Ausreitern,
was zur Folge hatte, daß das Ueberfallkommando (in zwei Wagen)
eingriff. Von mittags bis spät abends war der Marktplatz von Ein-
wohnern umlagert, die sich das Schauspiel anjagen. Die SA-Truppe
der Nazis, die sie aus der Umgegend zusammengezogen hatten, be-
nutzten die Gelegenheit, um rasch eine Versammlung abzuhalten, die
aber von der Polizei verboten wurde. So umständlich die Maßnahme
der Gemeindebehörde auch ist, und die Ermittlung ganz energisch
bekämpft werden muß, so muß sich die Einwohnerschaft aber über ein-
klar sein: Hier war es ein Sozialdemokrat als Gemeindevor-
sitzender, der die Anordnung zur Zwangsäumung gab. Werft
einen Blick in die Tageszeitungen und ihr werdet feststellen können,
daß die Nazis und Deutschnationalen dort, wo sie die Macht haben,
genau so brutal gegen die elementarsten Rechte der Arbeiter vor-
gehen. Die Einwohnerschaft von Wehlstein muß aus diesem Fall die
Lehre ziehen, mer den Kampf um die Rechte der Arbeiterschaft kon-
sequent durchführen will, der kann weder als Nazi, noch als
Sozialdemokrat sich besätigen, da ja beide Richtungen
das bestehende System stützen, sondern muß am 14. September durch
die Wahl von Kommunisten zum Ausdruck bringen, daß mit der
Earte Volksbegleiter, von Nazis bis SPD., Schluß gemacht werden
muß!

Unhaltbare Zustände im Knappschafts- lazarett!

A. S. Immer mehr häufen sich die Klagen über die Zustände
im Knappschaftslazarett Waldenburg! Das Essen ist vollkommen un-
zureichend. Zum Morgenkaffee gibt es ein Brötchen, das Essen ist
alles andere als gut. Selbst die Bemühungen mancher Schwestern,
aus der Küche mehr zu erhalten, scheitern an eigenartigen Spar-
methoden! Das Verhalten der Ärzte ist empörend! Pumps, die
Gelenkrheumatismus haben, werden als Simulanten bezeichnet,
wochenlang dort gehalten und nichts an ihnen gemacht. Im Revier
gibt es wenigstens Einzelung usw. Dort läßt man Familienväter,
wie den Kameraden Stenzel, mit sechs Kindern, fünf Wochen im
Lazarett, die Familie kriegt das halbe Geld und man macht im
Lazarett mit ihm rein gar nichts, so daß er sich von Samaritern nach
Hause fahren ließ, um nicht zu verhungern. Der Pumps A. Guder
litt an Syphilis. Wurde vom Arzt als Simulant bezeichnet und dort
behalten. Der Arzt ging an ihm vorbei zur Visite, ohne zu fragen.
Behandelt wurde er nicht. Aus Verzweiflung versuchte er sich aufzu-
hängen! SPD-Knappschaftskassette unternehmen nichts oder ver-

Kommt alle in Versammlung

Freitag, den 15. August, Bäckergäßchen, 20 Uhr, Lokal
„Sonne“, Referent Parteisekretär R. Schulz.

Sonnabend, den 16. August, Gottesberg, (Lokal und
Zeit wird noch bekanntgegeben). Referent Parteisekretär Urich,
Breslau.

Sonnabend, den 16. August, Friedland, 20 Uhr, (Lokal
wird noch bekanntgegeben.) Referent Parteisekretär R. Schulz.

sprechen hinzukommen und „vergessen“ darauf! Kein Wunder, daß
jeder das Lazarett wie die Pest meidet, weil es eine Strafe, aber
keine Pflichtenanstalt ist. Und das alles bei einer Dreifünftel-Mehrheit
im Vorstand, wo SPD- und Gewerkschaftsbürokraten sitzen. Das
also ist der „Bottel“, ein Fünftel mehr Beiträge als die Unter-
nehmer zu zahlen. Wahrscheinlich müssen die Unkosten durch das
Hausdorters Unglück herauskommen. — Herr Hoffmann, Vor-
sitzender, Sie haben das Wort!

Werbung für die „A.-Z.“

ist eine Aufgabe, die kein Genosse während der ganzen Zeit der Wahl-
vorbereitung vergessen darf!

Niederschlesien

Sie lügen wie die „Teufel“ und schwindeln aus Prinzip

Dieser alte politische Ausbruch findet treffende Anwendung auf
den Schmierfink in der „Volksmacht“, der ein Artikelchen im
genannten Blatte im Laufe der vorigen Woche brachte mit der domi-
nanten Überschrift: „Kriegserhebungsarbeiten sollen keine Rente er-
halten.“ Mit innigem Behagen druckte dann einige Tage später auch
die „Völkische Volkszeitung“ dieses geistig arme Produkt in
ihren Spalten ab.

Was läßt nun dieser Zeilenhinder den sozialdemokratischen
Arbeitern vor? Eingangs sagt er: Zu den ober-schlesischen Werbe-
versammlungen des Internationalen Bundes war erst ein gewisser
Gräf. Berlin vorgesehn, der aber nicht erschien, worauf der lau-
warne Heiden aus Görlitz einbrachte. Die ober-schlesischen
Kriegs- und Arbeitsopfer werden uns bestätigen, daß nicht Gräf,
sondern Heiden in den Versammlungsplätzen vorgesehn war.
Er sagt Heiden nach, daß er lauwarm sei; dann sagt man im selben
Atemzuge, daß er eine müde Hege und großes Geschrei gegen die
Führer der SPD. und die „Führer“ der Kriegs- und Arbeitsopfer
machte. Wie reimt sich das zusammen? Auch ein Schlag ins Wasser
lassen unsere Versammlungen gewesen sein. Nun, wir wollen diesem
Wahrheits- und Geistesheros etwas das Gedächtnis schärfen und die
Dinge so schildern, wie sie tatsächlich waren.

Wahr ist, daß unsere Versammlungen durchweg einen guten Be-
ruf aufwiesen hatten. Die kleinen Bönzchen in Oberschlesien magten
den Kampf mit uns nicht aufzunehmen, und so ließen sie sich aus
Preußen eiltig die Sekretäre Neugebauer vom Reichsbund und
Wagner vom Zentralverband kommen, damit diese das Kraut
fett machen sollten. In eine Versammlung, in Neuthen, hatten sie
sich gewagt und hatten für die anderen Versammlungen das Wieder-
kommen verweigert. So erfolgreich war ihr Auftreten. Wie sah es
nun in der Neuthener Versammlung aus, von der die „Volksmacht“
und die „Volkszeitung“ berichten? Die Versammlung war sehr gut
besucht. Genosse Heiden behandelte das Thema: „Die Gefahren
des imperialistischen Krieges und Rentenabbau.“ Er wies in sachlicher
und verständlicher Weise nach, wie die imperialistischen Staaten mit
Hilfe der „Völkerverfeindenden“ Sozialdemokraten zum Kriege gegen
die Sowjetunion hegen und rufen, wie wir uns dem großen gigan-
tischen Kampfe nähern, in dem zwischen Sozialismus und Kapitalis-
mus entschieden wird. Daß die Arbeiterklasse, also auch die Kriegs-
und Arbeitsopfer, Schulter an Schulter mit den Arbeitern und
Bauern der Sowjetunion zusammenzufehen haben, gegen Kapitalis-
mus, Feudalismus und Sozialfaschismus, für den Sozialismus zu
kämpfen haben. Heiden wies ferner nach, wie man bei uns Renten-
abbau zugunsten der deutschen Kriegserhebungen treibt. Wie die
Kriegs- und Arbeitsopfer-Organisationen beim deren Führer von
den Bürgerlichen bis zum sozialfaschistischen Reichsbund und Zentral-
verband der Arbeitslosen keinen Kampf um Verbesserung der
Lage der Kriegs- und Arbeitsopfer aus dem Wege gehen und sich
sogar dazu hergeben, für die Verhinderung von sozialpolitischem
Gedank im Parlament zu stimmen. Besonders hat sich das „glor-

reiche“ Kabinett Hermann Müller mit seinem Reichsarbeitsminister,
ehemaligen Arbeitersekretär Wiffell, ausgezeichnet. Wohlfeil
fleuerliche Ausplünderung, sozialpolitischer Abbau, Republiksturzgefahr,
Steuergeschenke und Schonung der Reichen waren die besonderen
Merkmale dieser SPD-Politik. Die Auswirkungen wies Genosse
Heiden an der Reichsversammlung, Invaliden-, Unfall-, Knapp-
schäfts-, Kranken- und Erwerbslosenversicherung nach. Die anwesen-
den Kriegs- und Arbeitsopfer hatten diese Ausführungen sehr wohl
verstanden und begriffen, das bewies auch die lebhafteste Zustimmung.
Nun traten die „Heroen“ vom Reichsbund und Zentralverband der
Arbeitsinvaliden an. Neugebauer, Breslau, Wagner, Bres-
lau, Schmollke, Neuthen und Simon, Hinderburg. Was diese
Herren da erzählten, war eine kleine Verteidigung ihrer Verräter-
politik und sie meinten, in Russland sehe die Versorgung noch schlechter
aus. Besonders als Neugebauer redete, geriet die Versammlung in
Aufregung gegen diese SPD-Apostel. Dieses „sehr richtig“, das
man in den Zeitungsartikeln amwandelte, hatte eine ganz andere
Bedeutung und bezog sich auf abfällige Zwischenrufe gegen Neugebauer
selbst. Typisch für die Stimmung der Versammlung war die Rede
eines Reichsbundmitgliedes, das bereits zehn Jahre im Reichsbund
ist und die Ortsgruppe Neuthen mit begründete. Dieser Genosse sagte
in der Diskussion unter anderem:

„Es ist die höchste Zeit, daß der Internationale Bund nach
Oberschlesien kommt und Aufklärung schafft.“

Zu seinen eigenen Verhandlungen gewandt rief er aus: „Perunjes,
ihr Banditen, ich müßte mein Holzbein abschneiden und euch um die
Ohren schlagen für eure Verräterei, die ihr an uns Kriegsopfern
die ganzen Jahre verübt habt.“

Andere Reichsbundmitglieder sprachen sich in der Diskussion in
ähnlichem Sinne aus. Die Versammlung verlangte Abtreten der
SPD-Bonzen. Das geschah. Fluchtartig verließen sie den Saal.
Unserer besonnenen Zurückhaltung war es zu danken, daß diese
„Sieger“ nicht noch Dreiecke bekommen haben. Der Erfolg für unsere
Organisation war der, daß viele Reichsbundmitglieder ihre Mitglieds-
bücher auf den Vorstandstisch warfen und ihren Übertritt zu uns
erklärten. Ebenso fanden Übertritte aus anderen Organisationen
und Neuaufnahmen statt. Wir können mit diesem Erfolg zufrieden
sein. Heftlich waren die Erfolge in allen anderen Versammlungen.

Den Kriegs- und Arbeitsopfern aber rufen wir weiterhin zu:
Tretet ein in den Internationalen Bund der Opfer des Krieges und
der Arbeit. Nur diese Organisation, die als proletarische auf dem
Boden des Klassenkampfes steht, wird die Interessen der Kriegs-
und Arbeitsopfer vertreten. Rat und Auskunft erteilen unsere Be-
ratungsleiter in den Ortsgruppen. Aus den Orten, in denen wir
noch keine Ortsgruppen haben, wollen sich Kriegs- und Arbeitsopfer
an die Gauleitung Görlitz, Reichstraße 1, wenden. Wir eruchen die
Leier, für Weiterverbreitung dieses Artikels zu sorgen.

Also, hinein in den Internationalen Bund!

Direktor des Wohlfahrtsamtes gehen und bitten, damit derselbe das
Arbeitsamt zur Arbeitsüberweisung veranlasse.

Dieser Vorfall zeigt wieder einmal deutlich die Rolle der Ar-
beitsämter. Nicht etwa Arbeitsvermittlung, um den jahrelangen Er-
werbslosen Arbeit und Brot zu beschaffen, sondern die Vermittlung
wird unter dem Gesichtspunkte getätigt, die Versicherung von ihren
Verpflichtungen zu entlasten. Diese Maßnahme der Arbeitsämter
gegen die Ausgesteuerten bedeutet mehr als eine Schikane, es ist
ein bewußter Ausgrenzungsplan, da Arbeit nur durch die Arbeits-
ämter vermittelt wird. Die Ausgesteuerten werden am 14. Septem-
ber Abrechnung halten mit allen Parteien, die sich an dem Raubbau
der Erwerbslosenunterstützung beteiligt haben, und am Wahltage für
die Liste 4 stimmen. Darüber hinaus müssen alle Erwerbslosen unter
Führung der Kommunisten den Kampf gegen den Unterstützungs-
abbau organisieren.

Bunzlau

Erfolg des roten Landarbeitertreffens in Scharfenort

Bei unserem Landarbeitertreffen konnten wir einen guten Erfolg
buchen. Unsere Zeitungen und Broschüren fanden guten Absatz. Auch
die Ansprache des Genossen Hartmann aus Bunzlau wurde
mit Begeisterung aufgenommen. Drei Landarbeiter ließen sich in
die Partei aufnehmen, eine Arbeiterin in die Rote Hilfe und zwei
Abonnenten wurden für die „Arbeiter-Zeitung“ gewonnen.

Unsere Zelle wird auf dem Lande weiter vorstoßen; wir werden
alles daran setzen, auch die letzten Proleten für uns zu gewinnen.
Vorigt habe während der Demonstration das Tor verschlossen, so
daß die Leute durch die Gatten spähen mußten. Vielleicht hatte der
Leutehinder gar Angst vor der Dreiecke, die ihm die eigenen Leute
schon lange geschworen haben.

Grünberg

Vertilgung!

Rüstet zum Kinderfest der R.H.
am 24. August!

Glogau

Mitgliederversammlung der Roten Hilfe

am Freitag, dem 15. August, 19,30 Uhr, im Lokal „Grüner Baum“,
Wegen der wichtigen Tagesordnung hat alles zu erscheinen.
Der Ortsvorstand.

Kinderfest der Roten Hilfe

am Sonntag, dem 24. August, in den Räumen „Grüner Baum“.
Antritt 13,30 Uhr auf dem Dominikanerplatz. Abmarsch 14 Uhr.
Dortselbst Kinderbelustigungen, Preislichkeiten und Verlosung. Ein-
trittspreis für Vollarbeiter 20 Pfennig, Erwerbslose 10 Pfennig,
Kinder 20 Pfennig. Eltern, die mehr als zwei Kinder mitbringen,
zahlen nur für zwei. Die Kinder werden mit Kaffee, Kuchen und
Wurstchen bewirtet.
Rote Helfer und Gäste, erscheint recht zahlreich!

Liegnitz

Die Eingeborenen-Kolonie!

Neuhof wurde von der Stadt gekauft, um den Wohlfahrtsunter-
stützungsempfängern den „Genuß“ von Arbeitsmöglichkeit zu ver-
schaffen. So sagte man wenigstens. Jetzt wurde ein Maurer ein-
gestellt, der alle vorkommenden Arbeiten zu erledigen hat. Diese
Arbeit kann aber nur einer verrichten, der sein Können bis jetzt in
der „Bauhütte“ bewiesen hat und nebenberuflich noch beim Lang im
„Volkshaus“ Eintrittskassierer ist. Wenn schon Druckkosten zu ver-
geben sind, dann muß natürlich der schon jahrelang arbeitslose
Maurer zurücktreten.

Wir fragen an: Hat es keinen Maurer, der im Wohlfahrtsamt
Unterstützung erhält? Sollen wir etwa alle mit Namen nennen?
Wir fordern, daß einer von diesen Kollegen nach Neuhof vermittelt
wird, damit dem Zweck entsprochen wird.

Haynau

Arbeitsamt betreibt sozialdemokratische Wahlpropaganda

Die Sozialdemokraten, welche in Reichslage gegen jedwede Ver-
besserungsanträge der SPD. zugunsten der Arbeitslosen stimmten,
entdecken jetzt kurz vor der Wahl ihr warmes Herz für die Arbeits-
losen. Sie lassen durch das Arbeitsamt sogenannte Pflichtveranstal-
tungen unter der Drohung des Unterstützungsentzugs bei Nicht-
erscheinen, einberufen. Diese Versammlungen werden dann zu Wahl-
versammlungen der Sozialdemokraten ausgestaltet. Trotzdem am
Orte ein freigewerkschaftlicher Erwerbslosenausschuß besteht, übergeht
man diesen mit immer abgefeinterer Demagogie. Arbeitslose, durch-
schaut dieses gemeine sozialdemokratische Gaukelspiel! Stellt euch
reslos hinter euren selbstgewählten Ausschuß und verbittet euch diese
Art politischer Strauchdieberei der Sozialverräter. Am 14. Sep-
tember wählt jeder Erwerbslose die Liste 4, SPD!

Alles beteiligt sich an der Land- propaganda!

Alle freiwilligen roten Wahlhelfer, Mitglieder der Partei und
Roten Hilfe müssen sich unbedingt an der sehr wichtigen Wahlpropa-
ganda auf dem Lande beteiligen. Die Landarbeiter warten auf uns!
Daher reichliche Beteiligung am Sonntag, dem 17. August. Fahrrad
mitbringen! Die Stadtleitungen sind für das Erscheinen ihrer
Leute verantwortlich.

Der Vormarsch auf dem Lande

Die Landpropaganda am letzten Sonntag brachte der Partei
einen guten Erfolg. Es wurden 200 Exemplare der „A.-Z.“, zwanzig
Broschüren und Rote-Hilfe-Material umgesetzt. Außerdem wurden
drei neue Parteimitglieder (Landarbeiter), ein Rote-Hilfe-Mitglied
und zwei Abonnenten für die „Arbeiter-Zeitung“ gewonnen.

An alle Ortsgruppen!

Wir nehmen an, daß euch die gefandten Exemplare

„Das erwachende Dorf“

in Anbetracht der Wahl nicht ausreichen werden. Wir haben
deshalb mehr drucken lassen und erwarten nach Be-
legungen.
Bezirksleiter Schäfers der R.H.

Görlitz

Arbeitsamt und Arbeitsvermittlung

Vor kurzem berichteten wir schon über die unverständlichen
Methoden der Arbeitsvermittlung beim hiesigen Arbeitsamt. Als der
Zirkus Sarakani sein Zeltlager hier aufbaute und Arbeitskräfte an-
forderte, wurden nicht etwa ausgebildete Arbeiter, deren Not am
größten ist, vermittelt, sondern das Arbeitsamt beschaffte den
Ordner Janowski als Vermittler, der die Arbeitsanforderungen
auf der Arbeitsstelle planlos verteilte. Ein Ausgesteuerter, dem vom
Wohlfahrtsamt mitgeteilt wurde, daß er sich Arbeit suchen solle,
da das Wohlfahrtsamt keine Arbeitsvermittlung sei, teilte uns fol-
genden Bericht, der sich auf dem Arbeitsamte zugetragen hatte, mit:

„Da ich mit acht Mark Wohlfahrtsunterstützung mit meiner
Frau zusammen nicht leben kann, habe ich mich ernstlich um Arbeit
bemüht. Die Firma Weiß & Freitag, die auf der Poststraße
die Apphalierungen ausführt, erklärte sich bereit, mich zu beschäfti-
gen, wenn ich vom Arbeitsamt eine Ueberweisung bekomme. Nun
kommt das bezeichnende Verhalten des Arbeitsamtes, bzw. des Ar-
beitsvermittlers Krause. Der Arbeitsvermittler Krause hat
mir in den Vorjahren, als ich noch unterstützungsberechtigt war,
dreimal eine Ueberweisung für die Firma ausgehändigt, während der-
selbe sich jetzt weigerte mit der Maßgabe, ich läme gar nicht mehr in
Frage, da ich Ausgesteuerter sei, und das Arbeitsamt nur Unter-
stützungsberechtigte der Erwerbslosenversicherung vermittele. Nach
dieser Auffassung haben die Ausgesteuerten überhaupt kein Anrecht
auf Arbeit mehr. Es mutet wie ein Hohn an; auf der einen Seite
wird den Ausgesteuerten vom Wohlfahrtsamt Unterstützung ver-
weigert, da sich dieselben Arbeit suchen sollen; wenn nun einer unter
den Tausenden Ausgesteuerten Arbeit bekommen kann, dann ver-
weigert das Arbeitsamt die Ueberweisung. Der Arbeiter mußte zum

Enorm billige Angebote
in Herren-, Knaben- u. Mädchenkleidung

Chorinsky & Jacobsohn G. m. b. H.
Reusche- str. 60/61
Mitglied der Kunden- Kredit G. m. b. H.

Brauerei und Ausschank
Zum großen Meerschiff
Lahner Erich Vogel, Reuschestr. 28 (1 Min. v. Königsplatz)
Ausschank nur selbstgebrauter Biere
Anerkannt gute Küche - Mittagstisch von 12-3 Uhr

Besuchen Sie
unsere in allen Stadtteilen befindlichen
behaglichen Gaststätten
Speisen und Getränke zu volkstümlichen Preisen
Gebr. Adler


Räder von 38.- M. an
Rahmen „16.-“
Schläuche . . . 0,95 M.
Pedal m. Gummi 1,40
Griffe (Gummi) 0,25
1 Posten Bereifung
Fußrast preiswert
Zimmerstr. 1.

Max Schönfelder

Aus meinem billigen Wochenangebot!
Schweizer Käse vollsaftig und zart
1/2 1 5 10 Pfd.
0,35 0,48 1,31 0,60 13,- M.
1 a Limburger Stangenkäse,
die 1. Pfd.-Stange nur 0,52 M.
Silfster Blockkäse
ist wieder in ganz hervorragender
Qualität eingetroffen
der 1. Pfd.-Block 0,85 M.
Auffallend billig und dabei erstklassig in Qualität:
Bommerische Teewurst . . . je Pfd. 1,80 M.
Holsteiner Jervelatwurst . . . je Pfd. 1,80 M.
Leberwurst mit Fettstücken . . . je Pfd. 0,72 M.
Guts-Prekwurst, Spezialität . . . je Pfd. 0,72 M.
Von ganz frischer Räucherung eingetroffen:
1 a Pracht-Bücklinge, sehr zartfleischig
das Pfund heute nur 30 Pfennige
die Kiste mit ca. 5 Pfund Inhalt 1,45 M.
Von Kolonialwaren biete an:
Sultaninen, verlesen . . . je Pfd. 0,44 M.
Wambeln, 1/2 Pf . . . je Pfd. 1,80 und 1,50 M.
Tafelreis . . . das Pfd. 22, 25, 30-40 Pfg.
Ferner bringe ich einen großen Posten
1 a Gemischte Marmelade
zu nur 0,78 M. für den 2-Pfd.-Eimer mit
1 a Apfel-Gelee
den 2-Pfd.-Eimer 0,95 M., zum Verkauf
Freitag u. Sonnabend
wieder Sonderverkauf der sehr beliebten
echten Hannoverschen 1 a. Fleisch-Särlge
das Pfd. nur 48 Pfennige
Max Schönfelder
Kaffee-Rösterei, Tee-Import, Waren-Versand-Geschäft
und Weingroßhandlung
Breslau 1, Albrechtstraße Nr. 58
Tel. Nr. 20423 u. 27402, Postfachkonto Breslau 9630

Elekta
Tafelwasser wirkt gesundheitsfördernd
Nicht teurer als Selter
Telephon 55718 **Speck & Säring** Telephon 55720

Teigwaren
Eier-Schnittnudeln . . . Pfund 0,65, 0,48
Eier-Fadennudeln . . . Pfund 0,65
Eier-Makkaroni . . . Pfund 0,66
Hartweizen-Makkaroni-Bruch . . . Pfund 0,42
Weizenmehl 000 . . . Pfund 0,20
Auszugmehl . . . Pfund 0,26, 0,25
Stieblers Vanillen-Zucker Kart. 6 Beut. 0,25
Weiße Zuckerbohnen gutkochend
1 Pfund 5 Pfund 10 Pfund 50 Pfund 100 Pfund
0,32 1,55 3,00 14,50 26,00
Westfälische Dauerwurst
die allerbeste!
Zervelatwurst Pfd. 2,30 im Ausschn. 1/2 Pfd. 0,60
Salamiwurst Pfd. 2,30 im Ausschn. 1/2 Pfd. 0,60
Plockwurst Pfd. 2,10 im Ausschn. 1/2 Pfd. 0,55
Fettbücklinge 5-Pfund-Kiste 1,45 Pfund 0,30
Tomaten (runde) die 11-Pfund-Schachtel. 1,20
Schles. Früh-Kartoffeln . . . Pfund 0,06
Schles. Molkerer-Butter 1/2-Pfund-Stück 0,84

Breslauer Kaffee-Rösterei
Otto Stiebler
Zwingerplatz 5 und 30 Filialen

1. Die Flucht in die Fremdenlegion
2. Der Krieg im Randio
3. Der große Stierkampf i. Valenzia
Odeon-Lichtspiele
Breslau, Taschenstraße 20

Räder
Lange Garantie
89, 78, 65, 59, 47, 35
Ballon- u. Chromrad.
Rahmen 85, 29, 23, 18
Torpedo, echt, 10,95
Speiche rollflsch. 0,02
Rennpedale . . . 1,45
Rette Wipperm. 1,85
Decke P. Union Ia 3,95
H a 30°, billiger
Garantieaustausch 1,45
Schlauchreif. Ia 6,50
Rahn, Katharinenstr. 18
Geschäfte in Liegnitz
Oels und Hindenburg

Achtung! Alles auf nach der
Silesia-Galffstätte, Friedrichstr. 11
Sonnabend, 16. u. Sonntag, 17. August
Großes Winzerfest
Neue Kapelle
Jeder 20. Besucher erhält 1 Flasche
Wein gratis

Fahrrad-Decken, -Schläuche
wie Schlauchreifen
nur Markenfabrikate kauf. Sie billig im
Fahrradhaus „Sieg“
Neumarkt 19, neben Barasch
Anerkannter Großhandel
für Fahrradbereitungen
Decken grau, 2,85, 2,95, 3,50, 3,95
4,50, 5,00 M.
Decken, rot, 2,95, 3,25, 3,75, 4,50
4,95, 5,40 M.
Schlauchreifen, rot, 6,75, schwarz, 7,95
Ballon, 27x1 1/2, 10,50 M.
Komplette Fahrräder, wie Ersatz- und
Zubehörteile zu konkurrenzlosen Preisen
Das leistungsfähig. Haus am Platze
Arbeitslose 5% Sonderrabatt

Deine Einkäufe
mache bei Inserenten dieser Zeitung!
Die anderen wollen dein Geld nicht!

Fahrräder und deren Zubehörteile
kaufen sie am besten u. billigsten
in dem als strengreell bekannten
Fahrradhaus
Eximius
Reuschestrasse 28
Im Hause der Brauerei „Zum gr. Meerschiff“
Anzahlung 10 Mk.
Abzahlung
wöchentlich v. 3 Mk. an

Kinderwagen
Puppenwagen
Jetzt extra billig
Korbmöbel
Metallbestellen
Schanke
Oskarstr. 33
Ecke Taschenstr.

Fahrräder
Nähmaschinen, Sprechapparate
Platten am Teilzahlung. Mk. 10.- An-
zahlung, 2 Mk. wöchentlich.
Karl Borsig Jr.
Sichauer Str. 12 a
Bitte genau auf meine Adresse
zu achten

Fahrräder

Georg Greulich
Mechanikmeister
Breslau I, Hummerl 52
Telephon 58108
Sprechapparat-Platten
und Zubehör
Reparatur-
werkstatt
Teilzahlung
gestattet *

P. Schlape, Taubentzenstr. 149
Fahrrad, Sprechapparate, Schallplatten
Sämtl. Ersatz- u. Zubehörteile
Eigene Reparaturwerkstatt
Billigste Preise

Walter Kunze
Hildebrandstraße 17/19
Telephon 50233
Die ein-
foliene
Einlaute-
bellier und An-
gebote.
Markenräder
Teilzahlung

Watzky
kauft Du runde!
Teilzahlung
Fabrikabnahme
Friedr.-Wilh.-Str. 13
am Wachtplatz

Kluger
Matthiasstraße
152
Neue Fahr-
räder Näh-
maschinen
und Motorräder
Auch
Teilzahlung

Fritz Bärenstraße 9
Fahr- u. Motorräder
Nähmaschinen
Grammophone
in bester
Qualität *

Fahrrad-
Schläuche 1,25
Decken grau 2,50, rot 3,50
Trikoits 1,95 und 2,45, mit
5 Tach. 4,45; Rennsattel 3,95,
Zugleder-Sattel 4,95; Pedale 1,45;
Ketten 1,45; Felcbremse 2,95
Räder 68-, 72-, 78-, 83-, 85-
Wochenrate 8 Mk.

Kusch Gartenstraße 43
Schmiedebr. 29b Friedr.-Wilh.-Str. 31

Matthiasstr. 114
Auto- und
Motorrad-
Reparatur-
werkstatt
Auto- und
Motorradlicht

R. Bartsch
Gellmorsstraße 45
Motor-
u. Fahr-
räder
Ersatz- u. Zubehör;
90 Mk. an
Billigste Preise - Ku-
lante Zahlungshed

Haus für Eisenwaren
u. Küchengeräte
Sollinger Stahlwaren
Werkzeuge
OTTO FRIEDRICH
Taubentzenstr. 173 u. 178


Extra billig
Kinderwagen
Klappwagen
Kinderbetten
Kasten- und
Leiterwagen
Korbmöbel
Alle Ersatzteile
Räder, Reparat.
Jonas
Reuschestrasse 40
am Königsplatz

Genosse u. Genossin
kauft nur bei den
Geschäftsleuten
die in der
„Arbeiter-Zeitung“
inserieren!